Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1908

95 (24.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 51. öffentliche Sitzung

Visual Library

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 95.
Dienstag, 24. März 1908.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

51. öffentliche Sitzung

am Samstag den 21. März.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel VIII: Gewerbeaufsicht, Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik und Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbe — Drucksache Nr. 12 a — Berichterstatter: Abg. Neuhaus und damit in Verbindung, und zwar:

bei Beratung von Titel VIII

Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck u. Gen., die Errichtung von Arbeitskammern betr. — Drucksache Nr. 57. —

bei Beratung von Titel XV

1. Besprechung der Interpellation der Abgg. Banschbach und Gen., die Kohlennot betr. — Drucksache Nr. 21. —
2. Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck u. Gen., die Milderung der Notlage der Arbeitslosen betr. — Drucksache Nr. 58 — (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frhr. **von und zu Bodman**, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat **Weingärtner**, Geh. Oberregierungsrat **Wiener**, die Ministerialräte Frhr. **von Reck** und Dr. **Schneider**, der Vorstand des Statistischen Landesamts Oberregierungsrat **Lange**, der Vorstand der Fabrikinspektion Oberregierungsrat Dr. **Bittmann**, der Direktor des Landesgewerbeamts Geh. Regierungsrat Dr. **Cron**, Regierungsrat **Maier**.

Erster Vizepräsident Dr. **Wilckens** eröffnet um 9 Uhr 20 Min. vormittags die Sitzung.

Es werden folgende Eingänge angezeigt

a. Petitionen:

1. der Gemeinderäte Littenweiler und Steig um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes;

2. der Gemeinderäte Littenweiler und Kirchzarten um Aufhebung des Ausnahmetarifs für die Zahnradstrecke auf der Höllentalbahn;

3. der Motorbootgesellschaft Bodman G. m. b. H. um Gewährung eines Staatszuschusses zum Aufwand für die Ueberfahrtsanstalt Bodman-Ludwigshafen;

4. aus der Gemeinde Eicholzheim, das Aufnahmegebäude der Station Eicholzheim betr.;

5. der staatlichen Beamten in Gengenbach um Einreihung der Stadt Gengenbach in die III. Klasse des Wohnungsgeldtarifs (übergeben von dem Abg. Hennig).

Ziffer 1 und 3 werden der Petitionskommission, Ziffer 2 der Budgetkommission, Ziffer 4 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, Ziffer 5 der Kommission für die Beamtenvorlagen überwiesen.

b. Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer des Inhalts, daß diese von dem Budget Großh. Ministeriums des Innern die Ausgaben unter Titel I bis VII, IX und X sowie die Einnahmen unter Titel I und II ebenfalls beraten und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer bis auf die einstweilen zurückgestellte Anforderung unter Titel IX B § 6 (Dienstwohngebäude der Schutzmannschaft in Mannheim) gleichfalls genehmigt habe.

Zur Tagesordnung (Fortsetzung der allgemeinen Beratung und der Besprechung der Interpellationen) erhalten das Wort

Abg. **Rebmann** (natl.): Ich habe zunächst einer Klage Ausdruck zu geben, die mir von Freiburger Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten mitgeteilt worden ist, und die sich auf die Vergebung der Arbeiten für das neue Kollegienhaus bezieht. Wir haben diese Sache schon einmal anläßlich des Budgets des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts behandelt, da die ganze Angelegenheit ja von dort aus ressortiert. Aber die Klagen sind unterdes neuerdings wieder lebhafter geworden, und sie geben, da sie von Freiburger Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten kommen, neuerdings wieder Anlaß zur Behandlung, und so möchte ich sie auch hier vortragen. Diese Leute fühlen sich dadurch beschwert, daß die gesamte Arbeit am Kollegienhaus einer auswärtigen Firma überwiesen worden ist, und zwar trotzdem von Freiburger Geschäftsleuten Angebote gemacht worden sind, die nicht wesentlich höher waren als das der fremden Firma, die

noch dadurch bevorzugt ist, daß sie am Ort schon das Theatergebäude erstellt und dadurch in der Lage ist, sich die günstigsten Arbeitsbedingungen zu suchen. Es ist allerdings an sich schon ein übler Vorgang, daß die Stadt Freiburg selbst diesen größten Bau, den sie seit langer Zeit ausführt, an eine fremde Firma vergeben hat, es brauchte das aber nicht gerade vorbildlich zu sein für die Vergebungen, die der Staat ausschreibt. Insbesondere ist auch in der neueren Zeit die Verlegung des Wasserlaufes, der quer durch den Bauplatz hindurchfließt, an die gleiche Firma vergeben worden. Die Firma hatte auf dem Platz, an dem gerade dieser Bach hindurchgeführt werden soll, ihre Bauhütte aufgeführt, ehe die Verlegung begann, und hat an das Versprechen der kostenlosen Verlegung dieser Bauhütte die Bedingung geknüpft, daß ihr auch die Verlegung des Baches übertragen werde. Ich möchte nun das Großh. Ministerium bitten, soweit es ihm möglich ist, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Der Herr Kollege Lehmann hat in der vorletzten Sitzung über die Heimarbeit in unserem Lande gesprochen und hat dabei verwiesen auf das Buch, das neuerdings von der Großh. Fabrikinspektion über diese Arbeit auf Grund der gemachten Erhebungen herausgegeben worden ist. Ich habe mich vor zwei Jahren zu der Angelegenheit auch geäußert, und ich habe damals die Hoffnung ausgesprochen, daß bei uns in Baden die Dinge nicht so schlimm liegen, wie sie durch die damalige Berliner Ausstellung über Heimarbeit zum Vorschein gekommen sind. Ich habe mich nun durch die Lektüre dieses Buches, das eine außerordentlich fleißige und erschöpfende Arbeit ist, überzeugt, daß die Dinge tatsächlich viel, viel schlechter liegen, als ich sie mir vorgestellt habe; man erschrickt aufs tiefste, wenn man Seite für Seite alle die Klagen am einzelnen Beispiel bestätigt findet, die man im allgemeinen gegen die Heimarbeit erhebt. Es sind zunächst die Löhne ungewöhnlich nieder, wir lesen Seite auf Seite, daß bei angestrengter Arbeit Stundenlöhne von 3, 4 oder 5 Pfennigen erzielt werden, wir hören, daß die Arbeitszeiten ungewöhnlich lang sind, daß Mann und Frau und Kinder bis nachts 10 oder 11 Uhr an der Arbeit sitzen, um sich nur diese wenigen Pfennige zu erwerben. Wir hören, daß diese Arbeitsbedingungen gänzlich unsicher sind, daß den Leuten die Arbeit ohne weiteres von dem Arbeitgeber entzogen werden kann, oder daß der Absatz der eigenen Fabrikate so unsicher ist, daß von einem auf den anderen Tag das ganze Geschäft stille stehen kann. Außerordentlich schlecht sind auch die gesundheitlichen Verhältnisse, und gerade von der Tabakindustrie wußten wir ja schon vorher, daß diese Heimarbeitsstätten für die Tabakarbeiter die schlimmsten Brutstätten der Tuberkulose sind. Auch handelt es sich hier in ausgedehntem Maße um Kinderarbeit, leider in derjenigen Form, die sich der behördlichen Einwirkung im allgemeinen entzieht, in der Form, daß die Eltern ihre eigenen Kinder zur Arbeit anhalten, und es geschieht das in einer Weise, die einem wirklich ans Herz greift, wenn man hört, daß in manchen Häusern Kinder bis zu 3 oder 4 Jahren herab an der täglichen Arbeit festgehalten werden.

Nun ist die Heimarbeit ja eines der schlimmsten Gebiete der sozialen Betätigung, und das Eingreifen ist hier wegen der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse ganz besonders schwierig. Die Heimarbeit ist ja dasjenige Gebiet, das sich am längsten und am erfolgreichsten dem staatlichen Eingreifen entzogen hat, aber es kann das doch nicht so weiter gehen, die Versuche sind nun schon in mannigfachster Weise gemacht worden. Es besteht hier ein offenkundiger Mißstand, und die Verhältnisse, die dabei zu Tage treten, sind zweifellos übler Natur. Am radikalsten ist der Standpunkt, der verlangt, man solle die Heimarbeit einfach verbieten, aber das hieße das Kind mit dem Bade ausschütten; in dieser radikalen Weise können wir nicht vorgehen. Wir sehen, daß im Reichstag die Anträge sich häufen, und daß neuerdings auch die Reichsregierung einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet hat. Ich will mich auf Einzelheiten nicht einlassen, ich will aber nur hier meinem grundsätzlichen Standpunkt Ausdruck geben, daß hier durchaus abgeholfen werden muß im Interesse der wirklich in großer Not lebenden und übel gestellten Bevölkerungsteile, die in der Heimarbeit stehen. Es muß anerkannt werden, daß es bis zu einem guten Teil sich um Zwergbetriebe handelt oder um solche Betriebe, die im Absterben begriffen sind, die in der Großindustrie aufgehen, aber das ist nicht durchweg der Fall. Ich möchte deshalb die Großh. Regierung bitten, zunächst die vorhandenen Gesetze und Verordnungen mit aller Schärfe anzuwenden, dann fernerhin auch beim Bundesrat ihren ganzen Einfluß auszuüben, um alle Maßnahmen, die zur Einschränkung der Heimarbeit führen können, auf das kräftigste zu unterstützen und zu fördern.

Ich habe nun zu dem Etat des Gewerbewesens nur noch in einem einzigen Punkte einige Bemerkungen zu machen, und zwar hinsichtlich des Bildungswesens. Die weitgehenden Erfahrungen, welche die beiden Herren Vorredner als Meister in ihrem Handwerk gemacht haben, gehen mir ja ab; ich muß mich auf dasjenige Gebiet beschränken, auf dem ich selbst bewandert bin, und das ist das Gebiet des gewerblichen Unterrichtswesens.

Da können wir unserer herzhaften Freude darüber Ausdruck geben, daß es in unserem Gewerbewesen mit dem Unterricht vorwärts geht. Ganz besonders haben mich die Aeußerungen meiner beiden Herren Vorredner gefreut, die der Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, daß die Vorbildung der Handwerker eine der Grundbedingungen für das Gedeihen des Handwerks überhaupt sei, und daß das Handwerk selbst in seinen Vertretern bereit sei, alles zu unterstützen, was auf diesem Gebiete überhaupt geschehen kann. Die Einsicht, daß das so ist, ist an sich schon die beste und kräftigste Förderung des Handwerks. Diese Einsicht ist aber nicht in allen Vertretern des Handwerks in dem Maße und in der Stärke kräftig und lebendig, wie es bei den beiden Herren Vorrednern der Fall ist.

Ich möchte da auf eine Einzelheit hinweisen, zunächst aber noch sagen, daß, wie unsere Schularbeit wie kaum irgend eine Arbeit Zukunftsarbeit ist, das erst recht der Fall ist bei dem Gewerbe. Diejenigen Schüler, die heute die Schulbank drücken, werden erst in einem Menschenalter in ihrer vollen Kraft Glieder unseres Volkes sein, und die Lehrlinge, die sich heute in ihren Lehrjahren befinden, werden erst in 20 bis 30 Jahren in ihrer ganzen Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit sich betätigen können. Die Bedingungen, unter denen sie dann zu arbeiten haben, kennen wir nicht; aber daß ein Stillstand auf diesem Gebiete stattfinden wird, das können, dürfen und wollen wir nicht glauben, und wir müssen uns immer vor Augen halten, daß die Lebensbedingungen, unter denen die nächste Generation zu arbeiten hat, noch wesentlich schwerer und schärfer sein werden als diejenigen, unter denen wir heute schon stehen, daß wir also alle Veranlassung haben, für die heranwachsende Jugend und so auch für die heranwachsende gewerb-

liche Jugend mit allen Mitteln zu sorgen, daß sie denjenigen Bedingungen, die ihr in einem Menschenalter gegenüberstehen, auch in der Tat gewachsen sein wird.

Sie finden in der Anlage IX zu dem Kommissionsbericht eine Darstellung des Standes der Schülerzahl der Gewerbeschulen auf den 1. Juli 1907, und da ist nun eine Zahl besonders merkwürdig. Unter denjenigen Gewerben, die aufgeführt sind, die Fachunterricht genießen, ist auch das Schneidergewerbe. Da finden Sie unter der Schülerzahl in Freiburg z. B. 16 Schneider, in Mannheim 11 und in Karlsruhe 136. Man darf nun daraus nicht schließen, daß das Schneidergewerbe in Karlsruhe einen ganz besonders blühenden Stand und eine so große Anzahl von Lehrlingen hat, daß sie mit ihrer Zahl von 136 die Gewerbeschule füllen. Das hängt damit zusammen, daß die Stadt Karlsruhe hier auch die Mädchen einbezogen hat und von der Ermächtigung des Gesetzes Gebrauch gemacht hat, durch Ortsstatut den zwangsweisen Besuch der Gewerbeschule für Knaben und Mädchen zu verfügen. Es ist das ein außerordentlich lobenswerter Vorgang, und man kann die Stadt Karlsruhe dazu nur von Herzen beglückwünschen, daß ihre Bürgerschaft es über sich gebracht hat, sich dieses große Opfer aufzuerlegen, daß in ihr die Einsicht in dasjenige, was für die künftige Heranbildung des Gewerbestandes zu geschehen hat, in dem Maße vorhanden ist, daß sie ihren Gewerbetreibenden diese große Beschränkung in der Verfügung ihrer Lehrlinge auferlegen konnte. Es ist das ein Vorgang, von dem ich nur wünschen möchte, daß er möglichst bald und möglichst ausgiebig vorbildlich für das ganze Land werden möge.

Ich möchte hieran eine Bemerkung allgemeinen Charakters knüpfen. Die Stadt Karlsruhe hat also verfügt, daß die Lehrmädchen im Schneidergewerbe zwangsweise drei Jahre lang die Fortbildungsschule zu besuchen haben. Es hängt das mit der allgemeinen Frage zusammen, wir wir uns der Ausbildung des weiblichen Geschlechts gegenüberstellen. Es ist dieselbe Frage, die auch auf dem Gebiet des höheren Unterrichts gestellt ist und dort schon, wenigstens bei uns in Baden, vollständig gelöst ist in dem Sinne, daß die Mädchen nicht bloß in die Mittelschulen sondern jetzt auch in die Hochschulen zugelassen werden, so daß für die Mädchen die gesamte höhere Bildungsmöglichkeit in vollem Umfang gegeben ist. Noch nicht ist das aber der Fall auf dem Gebiete der Volksschule, der Fortbildungsschule und der Gewerbeschule. In der Fortbildungsschule sind die Knaben 2 Jahre zum Besuch verpflichtet, die Mädchen nur 1 Jahr, zum Besuch der Gewerbeschule sind sie gar nicht verpflichtet. Nun haben aber unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich in dem Maße entwickelt, daß das weibliche Geschlecht in weitestem Umfang zu eigener Tätigkeit und eigener Arbeit herangezogen wird und herangezogen werden muß, und das ist ein Vorgang, der nicht still stehen wird, sondern der voraussichtlich noch weitere Kreise ergreifen wird. Wir werden dieser Seite der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung keinen Hemmschuh anlegen können und vorläufig auch nicht anlegen wollen, so bedauernswert die Verhältnisse sind, die vielfach sich daraus entwickeln. Es ist das etwas, was sich mit einer gewissen Naturnotwendigkeit und mit einer gewissen Naturgewalt vollzieht. Wenn wir aber sehen, wie die Verhältnisse in der Tat liegen, so erwächst uns daraus die absolute und unabweisbare Verpflichtung, daß wir diejenigen Mädchen, die nun einmal doch in das gewerbliche Leben eintreten müssen, hinsichtlich ihrer Bildung genau in derselben Weise ausstatten wie die Knaben, daß wir hier einen Unterschied nicht mehr machen, und daß wir für die Mädchen, die so scharf in den Kampf ums Dasein eintreten müssen, wenn sie sich einem Beruf zuwenden müssen, auch die Gewerbeschule in genau derselben Weise eröffnen wie den Knaben, selbstverständlich mit denjenigen Einschränkungen, die die Sache an sich selbst gibt. Und so ist denn in der Tat auch die Stadt Karlsruhe dazu übergegangen, zunächst nur diejenigen Mädchen, die dem Bekleidungsgewerbe angehören, zum Besuch der Gewerbeschule heranzuziehen. Das ist dasjenige Gebiet, was ja ohne weiteres schon dem weiblichen Geschlecht anheimfällt und auch in der Zukunft anheim fallen wird. Ich möchte daher das Großh. Landesgewerbeamt bitten, diese Angelegenheit, trotzdem es unmittelbar eine Angelegenheit der Gemeindebehörde ist, mit jedem Maße von Wohlwollen und von Förderung seinerseits zu behandeln.

Es ist dann in Gewerbeschulen auch noch ein weiterer Fortschritt in der Unterrichtsmethode gemacht worden insofern, als im weiten Umfang Fachkurse mit praktischen Uebungen der Schüler eingerichtet worden sind. Soweit ich gehört habe, wird auch von seiten der Handwerksmeister diese Einrichtung mit besonderer Freude begrüßt, und sind die Erfolge ganz besonders gut. Man wird also nach den guten Erfahrungen, die gemacht worden sind, auf diesem Wege fortschreiten. Ich möchte auch befürworten, daß man auch die Mädchen, soweit sie zur Gewerbeschule zugelassen sind, an diesem praktischen Unterricht so viel als möglich beteiligt. Es ist das ja bei der Art des Gewerbes der Weißnäherin, der Kleidermacherin ganz besonders wichtig, daß sie einen Teil des praktischen Unterrichts in den Gewerbeschulen bekommt, weil das von der Meisterin nicht geschieht und nicht geschehen kann. Die Meisterin wird sich wohl hüten, den Stoff, der den Kunden gehört, dazu herzugeben, daß ein Lehrmädchen sein Lehrstück daran macht und denselben verschnipfelt oder verdirbt, oder daß beim Anprobieren das Lehrmädchen nun seine Kunststücke an den betreffenden Kunden ausübt. Das sind Dinge, die, weil sie in der Praxis nicht gemacht werden können, dann in den Unterricht hineingehören.

Dann wird gerade in diesem Zweige des Erwerbslebens auch noch geklagt, daß die Lehrmädchen wie die Vögel des Waldes aus- und einfliegen, und daß infolge davon eine gründliche Ausbildung der Lehrmädchen nicht stattfinden könne. Dem sei abzuhelfen dadurch, daß auch für die Mädchen, gerade so wie es für die männlichen Lehrlinge der Fall ist, der Abschluß von Lehrverträgen empfohlen wird. Das wäre nun etwas, was die Handelskammer angeht; sie sollte auf diesem Gebiete dafür sorgen, daß die weiblichen Lehrlinge eine gründliche Ausbildung bekommen dadurch, daß sie vertragsmäßig gezwungen werden, ihre Lehrzeit auch vollständig auszuhalten.

Ich habe mich nun noch über die Interpellationen auszulassen, die in der vorletzten Sitzung gestellt worden sind, und ich habe die Bemerkungen, die ich jetzt zu machen habe, namens meiner Fraktion zu machen.

Das erste betrifft die Anfrage, welchen Stand die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zur Zeit habe. Es ist in der Tat eine Frage, die einem das Herz schwer machen kann, wenn ein Mann, der ernsthaft den Willen hat zu arbeiten, das nicht kann, und ich weiß mir kaum eine traurigere Lage im Leben vorzustellen als eben die, wenn man mit der Sorge um seine eigene Existenz, mit der Sorge um die Existenz seiner Familie beladen nichts dafür tun kann, trotz des guten Willens, trotz der Kraft und der Fähigkeit, die man hat. Nun hat man dieser Arbeitslosigkeit, die ja zu bestimmten Jahreszeiten, namentlich im Winter regelmäßig aufzutreten pflegt, durch Notstandsarbeiten abzuhelfen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gesucht. Es ist das in der Tat aber nur ein Notbehelf, und es ist für Manchen die Notstandsarbeit vielleicht schlimmer als gar keine Arbeit. Dies trifft ganz besonders bei den Qualitätsarbeitern zu. Wenn ein Qualitätsarbeiter, ein Feinmechaniker oder Typograph oder ein ähnlicher Arbeiter, der darauf angewiesen ist, durch die Geschicklichkeit, durch die feine Ausbildung seiner Hände sich sein Brot zu erwerben, nun auf einmal Sand oder Schnee schaufeln soll, so ist das eine Arbeit, der er entweder überhaupt nicht gewachsen ist, oder die ihm seine Hände so verdirbt, daß er auf lange Zeit hinaus zur Ausübung seiner Facharbeit nicht mehr im Stande ist. Wir müssen natürlich diejenigen Fälle, wo es sich um wirkliche Simulation handelt, ausschließen. Wir müssen ausschließen ferner den Fall der selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit, ferner diejenigen Fälle, wo es sich um Arbeitslosigkeit infolge von Streiks und infolge von Aussperrungen handelt, und wir dürfen vorläufig nur diejenigen Fälle in Betracht ziehen, in denen die Arbeitslosigkeit eingetreten ist rein infolge von wirtschaftlichen Verhältnissen, infolge von Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkte, auf die der Wille des Arbeiters keinerlei Einfluß gehabt hat.

Wir stehen durchaus auf dem Boden, daß eine Arbeitslosenversicherung ein Ziel ist, das mit allen Mitteln erstrebt werden muß, und wir sehen die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit als eine einfache und natürliche Konsequenz unserer Arbeiterversicherungsgesetzgebung an.

Ueber die Art und Weise, wie nun die Arbeitslosenversicherung auszubauen ist, da gehen allerdings die Meinungen noch weit auseinander, und auch wir sind der Meinung, daß die Sache jetzt in diesem Augenblick noch nicht spruchreif ist, und daß noch mehr Material gesammelt werden muß, daß vielleicht auch noch mehr Erfahrungen zu sammeln sind, ehe wir in dieser Sache zu einem Abschluß kommen können. Jedenfalls aber sind wir mit dem Herrn Minister des Innern darin nicht einverstanden, daß diese Arbeitslosenversicherung an die lokalen Organisationen anzuknüpfen sei, und wir sind mit der Antwort der Stadt Mannheim, daß sie diese Sache für nicht spruchreif hält und nicht anerkennen kann, daß es Sache der Stadtbehörde sei, derartige Arbeitslosenversicherungen zu schaffen, einverstanden. Wir sind der Meinung, daß nicht mit lokalen Organisationen sondern nur durch große, weitumfassende, leistungsfähige Verbände diese Aufgabe gelöst werden kann.

Die Erfahrungen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, sind ja nicht gerade ermutigend. Ich habe in den letzten Tagen gelesen, daß Arbeitslosenversicherungsorganisationen in einzelnen Städten der Schweiz, die schon einige Zeit bestanden haben, sich aufgelöst haben. Ich habe bei der Gelegenheit auch die Bestimmungen sehen können, unter denen diese Versicherungen arbeiten, und ich bin da erst recht zweifelhaft geworden. Die Leistungen dieser Kassen sind außerordentlich gering; sie fangen die Ausbezahlung der Beiträge erst nach einer längeren Periode an, zum Teil erst wenn die Arbeitslosigkeit schon zehn und zwölf Wochen gedauert hat. Sie stellen sie dann nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder ein, so daß also die Leistungen sehr gering sind. Man kann es wohl verstehen, daß die Arbeiter keine besondere Freude an einer derartigen Versicherung, die wenig leistet, haben. Das ist noch ein weiterer Grund dafür, daß wir die Meinung vertreten, daß die Arbeitslosenversicherung nur an große, leistungsfähige, über weite Gebiete sich ausbreitende Verbände angeknüpft werden kann.

Wir sind auch der Meinung, daß die Arbeitslosenversicherung nicht von den Gewerkschaften organisiert werden kann. Wir haben das Vorbild dafür in Straßburg, wo eine derartige Arbeitslosenversicherung von den Gewerkschaften geschaffen und von der Stadt unterstützt worden ist. Wir haben dagegen prinzipielle Bedenken, und zwar prinzipielle Bedenken der Art, daß wir nicht wünschen, daß die Arbeitslosenversicherung ein einseitiger, nur von den Arbeitern unterhaltener und geleiteter Organismus sein soll, sondern wir meinen, daß hier paritätische Organisationen notwendig sind, und wir bringen diese Arbeitslosenversicherung in allerengsten Zusammenhang mit der Arbeitsvermittlung. Auch hinsichtlich der Arbeitsvermittlung haben wir immer den Standpunkt vertreten, daß hier paritätische Organisationen allein fähig sind, das Nötige zu leisten, und wir haben es darum auf dem letzten Landtage sehr begrüßt, daß die verschiedenen städtischen Arbeitsvermittlungsanstalten unseres Landes zu einem Verbande zusammengeschlossen worden sind, und daß eben die bei uns ausschließlich herrschende Form der paritätischen Arbeitsvermittlung dadurch einen weiteren Halt und eine weitere Festigung erfahren hat.

Ich fasse zusammen, daß wir der Meinung sind, daß erstens diese Arbeitslosenversicherung durchaus und mit allen Mitteln zu fördern ist, daß heute die Frage aber noch nicht spruchreif ist, daß fernerhin die Arbeitslosenversicherung nicht den lokalen Behörden, also nicht den Städten, zugewiesen werden kann, daß sie ferner nicht den Gewerkschaften allein zugewiesen werden kann, sondern daß sie in paritätischen Organisationen von Reichswegen aufzubauen ist, und zwar in engster Verbindung mit der Arbeitsvermittlung, weil eben gerade wie die Arbeitsvermittlung so auch die Arbeitslosenversicherung eine unmittelbare Folge der Freizügigkeit ist, und weil nur durch eine Organisation über ein größeres Gebiet der natürliche Ausgleich der losen Arbeitskräfte erfolgen kann.

Ich habe mich dann weiterhin zu der Frage der Arbeitskammern zu äußern. Es liegt ja darüber dem Reichstage ein Gesetzentwurf vor, und auf den ersten Blick scheint es, als ob diesem Gesetzentwurfe kein besonders günstiger Stern leuchte. Die Arbeiter lehnen ihn in allen ihren Organisationen ab. Die Handelskammern haben sich bei uns in Baden dagegen ausgesprochen; alle interessierten Kreise wollen nichts davon wissen. Man hat ja aber doch schon des öfteren erlebt, daß gerade solch ein Kindlein, das unter üblen Sternen geboren worden ist, unter den vielen pflegsamen Händen, die sich seiner annahmen, schließlich doch zu einem kräftigen, lebensfähigen Wesen herangewachsen ist, und so möchte ich auch hier die Hoffnung nicht aufgeben, daß aus dem jetzigen Gesetzentwurf etwas Brauchbares herauskommen könne.

Hier in diesem Hohen Hause hat sich ja zunächst der Herr Kollege Horst als Vertreter der Sozialdemokratie darüber geäußert und er hat eine ausgiebige Kritik des Entwurfes vorgenommen. Wir sind einigermaßen erstaunt gewesen, daß die Kreise, denen er angehört, schon nach so kurzer Zeit ihre Meinung, ich will nicht sagen gewandelt, sondern fixiert haben. Noch vor wenigen Jahren war die Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, auch innerhalb der Arbeiterschaft durchaus offen. Noch im Jahre 1900 hat die Sozialdemokratie selbst einen ausgearbeiteten Entwurf vorgelegt, der Arbeitskammern vorschlug; und erst in diesen wenigen Jahren hat sie ihre Meinung in der Richtung festgelegt, wie es uns der Herr Kollege Horst vorgetragen hat.

Er hat nun zunächst die Verzögerung in der Vorlage dieses Entwurfs bedauert und kritisiert.

Da müssen wir aber nun sagen, die Herren waren ja unter sich selbst noch nicht einig, was sie wollten, da braucht man also der Regierung nicht einen Vorwurf zu machen, daß sie erst solange hintennach hinkt; der Entschluß, sich für Arbeitskammern auszusprechen, ist auch noch nicht so sehr alt, als daß man ihn damals schon als vollständig befestigt und ausgereift hätte ansehen können.

Es ist dann auch das Tätigkeitsgebiet besprochen worden, das den Arbeitskammern zugewiesen werden soll und zwar ist das geschehen mit einem lobenden Ausblick auf die Kaiserliche Botschaft vom Jahre 1890 und mit dem Bedauern darüber, daß Sinn und Geist dieser Kaiserlichen Botschaft in dem neuen Gesetzentwurf nicht zu finden seien; es ist ferner das ganze Wahlverfahren angegriffen, es ist weiter getadelt worden, daß die Arbeitskammern nicht den ganzen Umfang der Arbeiterschaft in sich einschließen, daß die Arbeiter des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft davon ausgeschlossen seien; und endlich ist die Angliederung an die Berufsgenossenschaften getadelt worden und schließlich ist das Verlangen auf die Schaffung von Arbeiter-Kammern gestellt worden, die aus gleicher, geheimer, allgemeiner und direkter Wahl hervorgehen sollen. Wir können uns diesen Ausstellungen zum großen Teil anschließen. Wir finden auch, daß das Wahlverfahren, wie es der Herr Kollege Horst geschildert hat, in keiner Weise den zu stellenden Anforderungen entspricht; man kann in der Tat kaum noch etwas Komplizierteres ersinnen: Drei-, vier-, ja sogar fünfmal soll gesiebt werden, bis man endlich zu denjenigen Personen kommt, die nun an der wichtigsten und einflußreichsten Stelle die Vertretung der Arbeiterschaft darstellen sollen. Man kann auch bedauern, daß die Vorlage zunächst nur diejenigen Arbeiter umfaßt, welche der Großindustrie angehören, und man kann der Meinung sein, daß auch die Arbeiter, die dem Gewerbe, dem Handel und der Landwirtschaft angehören, wenn auch nicht sofort so doch nach und nach einbezogen werden sollen.

Nun hat der Herr Präsident des Ministeriums des Innern sich zu der ganzen Angelegenheit geäußert und sie dabei an ihrer wichtigsten und entscheidensten Stelle angepackt, indem er die Frage stellte: Was soll den Arbeitskammern als Arbeit zugewiesen werden? Das ist in der Tat für den Ausbau der Arbeitskammern das Entscheidende. Es sind hier zwei große Arbeitsgebiete: Es ist einmal die reine Standesvertretung, es ist sodann die Arbeit, die sich mehr auf das positive Schaffen, auf Einrichtungen, die dem Wohle der Arbeiter dienen sollen, bezieht. Die Arbeiten auf beiden Gebieten lassen sich natürlich beide nicht ohne weiteres unter einen Hut bringen. So lange die Arbeiter eben noch sich in ihren Interessen mit den Arbeitgebern auseinanderzusetzen haben — und das wird noch auf eine beträchtliche Zeit hinaus, es wird das vielleicht auf alle Zeit hinaus der Fall sein —, wird sich eben eine Standesvertretung der Arbeiter mehr oder weniger in einem Gegensatz den Arbeitgebern gegenüber befinden. So lange, also auch unter den augenblicklichen Verhältnissen, wird sich eine reine Standesvertretung mehr oder weniger zu einer Art von Kampfesorganisation auswachsen. Auf der andern Seite gibt es aber eine große Anzahl von positiven Arbeiten, die einer derartigen Kammer zugewiesen werden können. Wenn man diese Organisation lediglich als Standesvertretung organisiert, so wird man sie selbstverständlich nicht anders denn als Arbeiterkammern schaffen, während, wenn man die andere Seite, die gemeinsame Arbeit und die Förderung des Friedens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, in den Vordergrund stellt, dann eine gemeinsame Kammer, eine Arbeitskammer, das richtige sein wird.

Nun hat der Herr Minister geglaubt, daß das Endziel die Arbeiterkammer sein wird; er hat die Ueberzeugung ausgesprochen, daß, auch wenn man jetzt eine Arbeitskammer schaffen werde, die Entwicklung mit innerer Notwendigkeit dazu führen werde, daß schließlich eine Arbeiterkammer daraus werde. Da bin ich nun der Meinung, daß, wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt — und unter den augenblicklich zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgeberschaft noch herrschenden Verhältnissen halte ich ihn für den einzig möglichen —, daß man dann dahin streben soll, sofort Arbeiterkammern zu schaffen, und daraus ergibt sich dann das Folgende mit Notwendigkeit.

Hinsichtlich des Wahlverfahrens, das ja schon besprochen worden ist, hat sich der Herr Minister sofort auf den radikalsten Standpunkt gestellt und sich dasjenige, was man vielleicht als Endziel der Entwicklung ansehen kann, gleich als sein eigenes Ziel gesteckt, indem er seine Meinung dahin aussprach, die Vertretung der Arbeiter könne nur aus direkter, geheimer und allgemeiner Wahl, selbstverständlich mit der Korrektur der Verhältniswahl, hervorgehen.

Er hat sich ferner dafür ausgesprochen, die dem Handwerk angehörigen Arbeiter sofort in die Arbeitskammern hereinzubeziehen; dagegen hat er geglaubt, daß die Einbeziehung der Angestellten des Handels und der Landwirtschaft vielleicht einer späteren Zeit vorzubehalten sei.

Wir können uns diesem Standpunkt des Herrn Ministers nur mit vollem Herzen anschließen und unserer lebhaften Freude darüber Ausdruck geben, daß sich der Herr Minister so entschieden und so weitausschauend auf den Standpunkt des Fortschritts gestellt hat (Beifall bei den Nationalliberalen). Wir freuen uns nicht bloß über das Materielle seiner Erklärung, sondern wir freuen uns noch viel mehr über den ganzen Geist, der aus seinen Worten herausgeweht hat, und über das Vertrauen, daß das Gute und das Richtige sich von selbst aus innerer, eigener Kraft durchringen werde; wir freuen uns über seinen Optimismus und das Vertrauen auf eine gesunde und vernünftige Entwicklung, die aus allen seinen Worten herausgeklungen hat, und wir werden ihm bei all den Schritten, die in dieser Richtung zu tun sind, unsere volle Hilfe leisten.

Ich habe mich endlich noch zu der Interpellation wegen der Kohlennot zu äußern. Das brauche ich doch nicht auszusprechen, daß eine derartige Not wirklich vorhanden ist. Ich bin nicht Industrieller, ich bin nicht Handeltreibender, brauche also die Kohlen nicht in großem Maße. Aber jeder von uns, der überhaupt in die Lage kommt, einen Ofen anzünden zu müssen oder das Anzünden eines Ofens bezahlen zu müssen, weiß, wie hart diese Not auf jedem einzelnen von den Konsumenten lastet. Wir Konsumenten haben alle den Eindruck, daß wesentlich die Politik des Kohlensyndikats und des Kohlenkontors schuld daran trägt, und für uns verbinden sich die Begriffe Kohlenteuerung, Kohlensyndikat und Kohlenkontor zu einem unlösbaren Komplex. Man wird ja wohl zugeben können, daß das Kohlensyndikat in einem gewissen Sinne wohltätig gewirkt hat. Es ist ohne weiteres verständlich, daß eine große Organisation wie das Kohlensyndikat die Produktion ganz anders regulieren kann, daß sie Schwankungen verhüten kann, daß sie vor allem die wilde Konkurrenz in den eigenen Reihen beseitigt. Aber trotz-

dem ist das Sündenregister des Kohlensyndikats außerordentlich hoch angeschwollen.

Man hat uns, den Konsumenten, glaubhaft machen wollen, daß an den Kohlenpreissteigerungen, die in den letzten Zeiten immer wieder stattgefunden haben, wesentlich die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Erhöhung der Betriebskosten schuld sei. Wenn wirklich wahr wäre, daß dasjenige, was wir mehr zu bezahlen haben, bloß den Arbeitern zugute kommt, dann würde ich kein Wort über die ganze Sache verlieren, und ich weiß, daß der allergrößte Teil der Konsumenten ohne weiteres genau so denken würde wie ich. Wir haben aber diese Ueberzeugung nun einmal nicht, wir hören immer und immer wieder von Verhandlungen mit den Arbeitern, die auf Lohnreduktionen hinzielen. Wir hören davon, daß immer und immer wieder von einem Streik der Kohlenarbeiter geredet wird und was derartige Dinge mehr sind. Wir sehen auf der anderen Seite, daß bei der Ausschüttung der Dividenden doch recht reichliche Gewinne herauskommen, daß also das Hauptinteresse des Kohlensyndikats jedenfalls durchaus gewahrt ist.

Verschärft wird die Kohlennot nun zweifellos durch eine Kohlenverschwendung, die getrieben wird von Privaten, die aber auch getrieben wird von öffentlichen Anstalten, die zum Teil noch in unseren Einrichtungen begründet liegt. Jeder einzelne Ofen, der brennt, jede Lokomotive, die von Dampf getrieben durch das Land fährt, ist eine Verschwendung von Kohlen, ist eine Verschwendung von diesem kostbaren Gut, das wir besitzen und mit dem so sparsam als möglich umzugehen wir alle Veranlassung hätten. Es wird eine Aufgabe der Zukunft sein, auf diesem Gebiete wesentliche Ersparnisse einzuführen. Jede Zentralheizung, die in einem größeren Gebäude eingerichtet wird, bedeutet eine derartige Ersparnis. Vor allem aber wird diese Einrichtung sich auf weitere Komplexe auszudehnen haben. Wir haben die Mittel jetzt ja in der Hand. Es kann für ganze Häuserkomplexe die Heizung von einer Zentralstelle aus besorgt werden; das macht gar keine Schwierigkeiten mehr. Das ist ein Weg, auf dem viele Kohlen gespart werden können.

Der andere Weg ist der, daß man bei unseren Lokomotiven von dem Dampfbetrieb zu dem von einer Zentrale aus versorgten und gespeisten Elektrizitätsbetrieb übergeht, wo also die ungeheure Menge von Energie, die bei der Einzelarbeit an den Lokomotiven, an unseren sonstigen krafterzeugenden Maschinen verbraucht wird, auf ein erträgliches Maß reduziert wird. Vor allem aber wird es sich darum handeln, daß wir auch die anderen Kraftquellen, die wir haben, vor allem die Wasserkraft, in einem noch viel höherem Maße in Anspruch nehmen.

Eine gewisse Besserung ist ja schon dadurch eingetreten — und das hat die Großh. Regierung schon zugesagt —, daß auf dem Gebiete des Tarifwesens Aenderungen getroffen worden sind, die hiermit im Zusammenhang stehen.

Es ist ferner angeregt worden, daß der Hauptverbraucher in unserem Lande, die Eisenbahnverwaltung, daß also der badische Staat sich selbst Gruben beschaffe, um, wenn auch nicht daraus den Kohlenbedarf für seine Eisenbahn vollständig zu decken, so doch einen gewissen Rückhalt bei Beschaffung der Kohlen zu haben. Es ist das eine Frage, die in der Budgetkommission schon gestellt und zum Teil auch beantwortet worden ist in der Richtung, daß Erwägungen gepflogen und Verhandlungen nach dieser Richtung hin von der Großh. Regierung geführt worden seien, deren Ergebnis aber noch nicht abgeschlossen sei. Wir werden bei dem Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung darüber wieder zu reden haben. Ich will mich deshalb darauf beschränken.

Aber durch alle diese kleinen Mittel ist eine gründliche Abhilfe der Kohlennot nicht zu finden, und ich meine, daß für die Zukunft hier ein ganz anderer und gründlicherer Weg einzuschlagen sein wird. Wir müssen auch daran festhalten, daß die Einfuhr von Kohlen auch nicht genügt, daß es sich also in der Tat um einen Mangel an Kohlen handelt, für den wir eine Deckung augenblicklich nicht haben. Daran muß aber auch festgehalten werden, daß unsere Kohlenvorräte begrenzt sind. Wir haben in Deutschland zwei große Kohlenfelder. Diese Kohlenfelder haben einen ganz beschränkten Umfang, und wenn sie erst erschöpft sind, so ist es bei uns in Deutschland mit der Kohle aus. Wann dies eintreten wird, wissen wir nicht genau, aber daß es eintreten wird, mit voller Sicherheit. Die Steigerung der Kohlenproduktion, die der Herr Minister angeführt hat, bringt diese Zeit bedrohlich näher. Wir werden dann gar keine Möglichkeit haben, sie zu ersetzen, und werden nur um sehr teueres Geld sie aus andern Ländern beziehen können. Aber auch dort steht derselbe Vorgang bevor. In England sind die Kohlenpreise schon gestiegen, nicht weil sie dort ein Kohlensyndikat künstlich in die Höhe geschraubt hätte, sondern weil in England der Abbau der Kohle schon in solche Tiefen hineingekommen ist, daß tatsächlich die Produktionspreise sich in wesentlichem Umfang erhöht haben. Dort hängt also die Erhöhung der Preise tatsächlich mit einer gewissen Erschöpfung der Kohlenfelder zusammen. England ist gar nicht mehr weit davon entfernt, daß es seine Kohlenpreise noch weiter erhöhen muß und vor die ganz ernsthafte Frage gestellt sein wird, wie seine Industrie sich für die Zukunft einzurichten haben wird.

Wir müssen also daran festhalten, daß die Kohle eine Kraftquelle ist, die in absehbarer Zeit — und absehbar ist ja eine Zeit von 100, von 200 Jahren — vollständig erschöpft sein wird. Wir müssen daher die Kohle als ein nationales Gut ansehen, das wir auf das Aengstlichste vorläufig noch zu hüten haben. Daher habe ich persönlich die Meinung, daß auch die Kohlenausfuhr von diesem Standpunkt aus beurteilt werden sollte. Es wird uns ja klar gemacht, daß die Kohlenausfuhr mit den geschäftlichen Verhältnissen zusammenhänge, daß sie nicht entbehrt werden könne, daß sie wegen der Konkurrenz mit der fremden Kohle noch notwendig sei. Ich stehe da auf einem ganz andern Standpunkt. Diese Frage gehört nicht vom geschäftlichen Standpunkt aus beurteilt, sondern von dem Standpunkt aus, daß wir die Erschöpfung unserer Kohlenfelder mit allen nur möglichen Mitteln hinausschieben müssen, daß wir daher mit unsern Kohlen soviel als möglich sparen müssen. Ich sehe daher jeden Wagen Kohlen, der über die deutsche Grenze hinübergeht, als ein Unglück an, und ich sehe jeden Wagen fremder Kohlen, der über unsere Grenze hereinkommt, als eine Wohltat an. Meiner persönlichen Meinung nach wäre also die Kohlenausfuhr mit allen Mitteln zu verhindern, die Kohleneinfuhr dagegen mit allen Mitteln zu fördern. Es kann sein, daß das ein Standpunkt ist, der sich kaufmännisch nicht halten läßt. Aber er geht eben aus der Tatsache hervor, daß sich die Kohlenfelder in einer verhältnismäßig kurzen Zeit erschöpfen werden. Und weil der Besitz der Kohle ein nationales Gut ist, so geht daraus auch noch der Standpunkt hervor, den wir zu dieser Frage in ihrem letzten Ziele und in ihrem letzten Ende einnehmen. Wir sind der Meinung, daß die Kohlen als nationales Gut der Gesamtheit gehören, und daß es von niemand anders verwaltet

werden kann als vom Staat, daß also die endgültige Lösung der Kohlenfrage das Staatsmonopol ist Wir sind vollständig überzeugt, daß das seine ganz ungeheuren Schwierigkeiten haben wird, wir sind auch wohl überzeugt, daß es eine große Menge von Nachteilen haben wird, Nachteile politischer Art, Nachteile wirtschaftlicher Art. Wir sind überzeugt, daß der Staat nicht so billig und nicht so prompt arbeiten kann wie die Privatindustrie, daß er nicht so flink und so flott dem Bedürfnis genügen kann wie diese. Aber trotzdem kommen wir zu der Anschauung, daß die Kohle in den Besitz des Staates übergehen muß; und der eifrigste Förderer dieses Gedankens ist das Kohlensyndikat.

Es haben sich die Anschauungen in den letzten Jahren ganz wesentlich geändert. Wenn man daran denkt, mit welcher Leidenschaft noch vor wenigen Jahren die Kämpfe in Preußen über die Verstaatlichung der Privatbahnen geführt worden sind, die jetzt Niemand mehr geändert wissen möchte; wenn man daran denkt, daß wir erst im vorigen Landtag dazu gekommen sind zu sagen, es muß mit den Privatbahnen im Lande ein Ende haben, und es darf Niemand mehr Bahnen bauen und verwalten als der Staat selbst; wenn wir bedenken, daß sogar in England sich Stimmen erheben, die dortigen Privatbahnen in Staatsbesitz überzuführen, und zwar Stimmen aus den Kreisen der Aktionäre, weil sie nicht mehr mit der Rente zufrieden sind, die aus den Bahnen herausgewirtschaftet werden kann, wenn wir sehen, daß aus dem Lande des Freihandels und des Manchestertums Propaganda für Uebernahme der Privatbahnen in den Staatsbetrieb gemacht wird, so sind das alles Merksteine auch für die Beurteilung der Kohlenfrage. Es ist ja zweifellos, daß hier zwei grundsätzlich ganz verschiedene Standpunkte miteinander ringen. Der Standpunkt des Kohlensyndikats ist eben der, daß es Gelp verdienen will. Das ist sein natürliches Recht. Der Standpunkt des Staats ist aber ein ganz anderer: Er soll ein nationales Gut im Interesse der Allgemeinheit verwalten. Diese beiden Standpunkte schließen sich grundsätzlich aus, und welchem wir uns zuwenden werden und zuwenden sollen, das kann nach allem, was geschehen ist, nicht mehr fraglich sein.

Nun haben wir in den letzten Jahren uns mehrfach mit der Frage der Wasserkräfte beschäftigt, und es hat der letzte Landtag, soviel ich weiß, mit Einmütigkeit beschlossen, daß die Wasserkräfte in die Verwaltung der Allgemeinheit, sei es des Staates, sei es der Gemeinde, übergehen sollen. Wasserkräfte und Kohlen sind im Grund ein und dasselbe, es sind nur verschiedene Formen der Energie. Wir sehen die Wasserkräfte an als ein nationales Gut, das im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten ist Wir müssen die Kohlen auch ansehen als ein nationales Gut, das der Allgemeinheit gehören muß und im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten ist. Also stehen diese beiden Fragen für uns in einem unlösbaren inneren Zusammenhang; und wenn wir sagen, wir verlangen, daß die Wasserkräfte durchaus dem Staate gehören sollen, so verlangen wir mit anderen Worten dasselbe, als wenn wir sagen, es sollen die Kohlen dem Staate gehören. Es sind das eben Güter, die nicht durch die Arbeit des Einzelnen entstanden sind, sondern nur durch seine Arbeit höheren Wert bekommen, es sind vielmehr Geschenke der Natur, sie gehören der Allgemeinheit und sind im Interesse der Gesamtheit zu verwalten. Also werden wir als Ziel, das für die Zukunft — wenn auch eine ferne Zukunft — zu stecken ist, neben unserer festen Forderung, daß die Wasserkräfte in den Besitz des Staates übergehen sollen, auch fordern und verlangen, daß alles getan werden soll, um schließlich das Ziel zu erreichen, daß auch die Kohlen in den Besitz des Staates übergehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Belzer (Zentr.): Eine der wichtigsten Institutionen, die unsere soziale Gesetzgebung gebracht hat, ist unstreitig die Fabrikinspektion, und wir werden noch weiter daran ausbauen müssen, wenn diese Institution das Ziel, das ihr gesteckt ist, erreichen soll. Ich möchte zugleich auch meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß auch bei der diesmaligen Beratung der Vorstand der Fabrikinspektion, Herr Oberregierungsrat Dr. Bittmann, anwesend ist. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß er manche Anregung aus den Verhandlungen mit nach Hause nehmen wird, die er sicherlich im Interesse der Arbeiterschaft in praktische Betätigung umsetzen kann.

Es ist ferner zu begrüßen, daß auch die Großh. Regierung am Ausbau der Fabrikinspektion weiter gearbeitet hat und den Wünschen des letzten Landtags nachgekommen ist, eine ärztlich vorgebildete Kraft in die Zahl der Fabrikinspektionsbeamten aufzunehmen. Auch die Stellen eines wissenschaftlich und eines technisch vorgebildeten Beamten, die jetzt angefordert sind, werden ohne Zweifel vom Hohen Hause genehmigt werden. Aber man hätte auch einem Wunsche des Hohen Hauses Rechnung tragen können und praktische Arbeiter unter der Zahl der Beamten aufnehmen sollen. Dies wäre sicherlich ein Vorteil. Denn das Urteil von praktischen Arbeitern ist ganz sicher von großem Wert. Derjenige, der jahrzehntelang hinter der Maschine oder am Schraubstock in der Werkstatt gestanden ist, der weiß unzweifelhaft besser die Leiden und Beschwerden, wie sie insbesondere ein Fabrikarbeiter zu erdulden hat, zu beurteilen als andere Herren, die nicht in dem Milieu der Arbeiter aufgewachsen sind. Es ist wohl schon darauf hingewiesen worden, daß unter den Hilfsarbeitern auch praktische Arbeiter verwendet werden. Aber man sollte diese Arbeiter direkt für Betriebsvisitationen verwenden und auch neue Stellen dafür schaffen. Ich erinnere insbesondere auch an die Vorschriften über Anbringung von Schutzvorrichtungen. Es werden da manchmal Schutzvorrichtungen verlangt, von denen jeder Arbeiter sagen muß, sie sind hinderlich und in keiner Weise nutzbringend. An anderen Plätzen dagegen werden wieder notwendige Sachen übersehen. Derartige Maßnahmen werden von seiten der praktischen Arbeiterschaft aus besser erwogen werden können.

Das Gebiet, das der Fabrikinspektion unterstellt ist, ist ein sehr umfangreiches, und die Arbeit, das verkenne ich von vornherein nicht, ist keine leichte. Die Fabrikinspektion hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, das ist in ihrem Bericht auch angeführt. Es gibt noch Unternehmer, die in dem Fabrikinspektor ihren Peiniger erblicken, aber die Zahl dieser Unternehmer geht mehr und mehr zurück.

Nach dem Jahresbericht der Fabrikinspektion für das Jahr 1906 könnte es fast den Anschein erwecken, als wäre ein Rückschritt in der Tätigkeit der Fabrikinspektion zu verzeichnen. Die Zahl der Reisetage der Beamten ist von 865 auf 804 zurückgegangen, die Zahl der mit der Bahn zurückgelegten Kilometer von 104344 Kilometer auf 98908 Kilometer und die Zahl der revidierten Fabrikbetriebe von 3642 auf 3098. Diese Abnahme wird uns dadurch erklärt, daß die Arbeit für den Bericht über die „Hausindustrie und Heimarbeit in Baden" die Beamten stark in Anspruch genommen und vielfach abgehalten hat, ihre Zeit außerhalb des Bureaus zu verwenden.

Dementsprechend ist ja wohl auch die geringere Zahl der Auflagen zu erklären, denn wenn weniger Inspektionsgänge gemacht werden, können auch nicht so viele Mißstände entdeckt werden. Wie aus dem Bericht des Herrn Kollegen Neuhaus hervorgeht, stellen sich die Zahlen der Revisionen für das Jahr 1907 aber günstiger dar.

Auf dem letzten Landtag habe ich den Wunsch ausgesprochen (und er ist auch von anderer Seite, wenn ich mich recht erinnere, von dem Herrn Kollegen Rösch ausgesprochen worden), daß die Beamten der Fabrikinspektion, wenn sie die Betriebe besuchen, nicht stets mit dem Herrn Prinzipal oder dem Fabrikdirektor den Betrieb durchlaufen sollen, sondern daß sie sich mehr auch mit den Arbeitern abgeben möchten, damit diese auch sehen, daß man sich staatlicherseits um sie annimmt. Ich habe weiter bemerkt, daß ich in 20jähriger Fabriktätigkeit nur einmal die Fabrikinspektion auf einem Revisionsgang gesehen hätte, und zwar nur dadurch, daß mich ein Arbeiter darauf aufmerksam machte, der zufälligerweise den Beamten kannte. Sonst hätte ich ihn jedenfalls auch damals nicht gesehen, wie überhaupt die größte Zahl der Arbeiter gar keine Kenntnis von diesen Inspektionsgängen hat. Im Bericht ist nun auf diese Anregung folgendermaßen geantwortet: „Dieser Gegenstand ist in älteren wie in jüngeren Jahresberichten wiederholt mehr oder weniger breit erörtert worden, und die Verhältnisse liegen — leider — heute noch so, daß der revidierende Beamte häufig Bedenken hegen muß, sich von den Arbeitern der Fabrik Auskünfte über Vorgänge und Zustände zu erbitten, da das Gespenst der Maßregelung vor der Tür steht. Wo ein Betrieb infolge einer eingelaufenen Beschwerde revidiert wird, hört man nicht selten vom Fabrikanten oder von dessen Vertreter die bestimmte Vermutung äußern, daß eine Beschwerde stattgefunden habe; hier würde die Herbeiziehung von Arbeitern, seien sie die Beschwerdeführer oder nicht, wohl stets unangenehme Folgen haben. Vielfach wird in Beschwerden aufs inständigste gebeten, ja nichts zu tun, was die Arbeiter in Ungelegenheiten bringen könnte". Ich gebe ja zu, daß einer oder der andere Fabrikant oder Unternehmer, wenn etwa nach einem Revisionsgang eine Auflage kommt, annähernd weiß, welche Arbeiter es sind, die mit dem Fabrikinspektor über Betriebseinrichtungen gesprochen haben. Er kennt seine Leute, auch wenn sie nicht direkt mit dem Fabrikinspektor verkehren. Ein unerschrockener, reeller, tüchtiger Arbeiter wird sich aber jedenfalls nicht viel daraus machen, daß der Fabrikant weiß, daß er eine Beschwerde vorgebracht hat; wenn er sonst überall seine Schuldigkeit tut, wird ihn der Fabrikherr oder der Unternehmer des Betriebes deswegen nicht entlassen. Man könnte es doch so machen, daß der Beamte der Fabrikinspektion mit den Arbeitern da und dort redet, auch wenn er von dem Unternehmer selbst geführt wird, dann würden die Arbeiter wenigstens sehen, daß wirklich etwas gemacht wird, und daß man sich auch um sie annimmt.

Ich möchte nun noch einen Punkt erwähnen, auf dem für die Fabrikinspektion noch ein großes Feld der Tätigkeit gegeben wäre. Wir wissen ja alle, daß die Arbeiterschaft darauf ausgeht, ihre Koalitionsfreiheit zu wahren und sie da, wo sie nicht vorhanden ist, zu erringen. Leider wird ihnen diese Koalitionsfreiheit öfters eingeschränkt, sie wird ihnen beschnitten nicht nur von den Unternehmern sondern auch von seiten der Organisationen. Es ist das sehr zu bedauern. Der Terrorismus, der von seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber den christlichen Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ausgeübt wird, ist ein außerordentlich großer. Diejenigen, welche nicht mitten in der Arbeiterschaft drin sind, welche nicht am Schraubstock, an der Maschine oder auf dem Bauplatz tätig sind und dort ihr Brot verdienen müssen, diese haben gar keine Ahnung, wie schwer dieser Terrorismus auf der Arbeiterschaft lastet. Der Druck, der von den Unternehmern gegenüber der Arbeiterschaft ausgeübt wird, ist lange nicht so hart wie der Druck, der von seiten der Arbeiter selbst kommt (Hört! hört! im Zentrum). Wenn man von einem Unternehmer irgendwo bedrückt wird, so geht man einfach fort, wenn man es nicht mehr aushält, man verläßt den Betrieb und geht in einen anderen. Wenn man aber von der Arbeiterschaft selber gedrückt wird, weil man beispielsweise nicht in die betreffende Organisation, etwa in die Organisation der freien Gewerkschaften, eingetreten ist, dann hilft der Ausweg, daß man fortgeht, nichts, denn in einem anderen Betriebe hat man die gleichen Belästigungen wieder zu ertragen. Es kommt oft vor, daß so ein Arbeiter von Platz zu Platz gehetzt wird, wenn er für seine Familie, für seine Frau und seine Kinder Nahrung beschaffen will. Es ist bereits in einer früheren Sitzung von dem Herrn Minister von Marschall in bezug auf den Heidelberger Fall hervorgehoben worden .... (Zwischenruf.) Es wird „Fall Schäufele" gerufen. Der Terrorismus, wie er beim Fall Schäufele ausgeübt worden ist, ist, glaube ich, lange nicht so schlimm als der Terrorismus, der von der Mitarbeiterschaft ausgeübt wird, die doch selbst weiß, wie es einem Arbeiter geht, wenn er kein Brot für seine Familie hat. Im übrigen möchte ich bemerken, daß auch vonseiten der Sozialdemokratie selber auf Schäufele ein Druck ausgeübt worden ist, denn er hat nachher doch ohne weiteres sein Mandat niederlegen müssen, obwohl er nicht von der sozialdemokratischen Partei allein gewählt war sondern vom gesamten Bürgerausschuß in Karlsruhe. Schäufele stand mitten drin zwischen Ihnen (zu den Sozialdemokraten) und der Regierung. Weiter auf den Fall Schäufele einzugehen, halte ich für zwecklos, da er schon zur Genüge erörtert worden ist.

Es kann ja allerdings gesagt werden, daß die Gesetzgebung bereits Schutz gegen den Terrorismus biete und zwar in § 153 der Gewerbeordnung. Da können ja, wenn ein Arbeiter gezwungen wird, entgegen seiner Ueberzeugung in eine Organisation einzutreten, oder wenn er deshalb brotlos gemacht wird, Strafen ausgesprochen werden, und es sind ja auch schon solche Strafen ausgesprochen worden. Aber in wievielen Fällen ist es garnicht möglich, die Schuldigen herauszufinden! Es kommt vor, daß der Arbeiter eben durch Sticheleien geplagt und belästigt wird, bis er endlich, wenn er Ruhe bekommen will, fortgeht. Die Schuldigen kann man aber da selten herausfinden. Gerade in solchen Fällen sollte die Fabrikinspektion eintreten. Ich will Ihnen ein Beispiel vorführen, wie es da unter Umständen gemacht wird. Da hat in München auf einem Bauplatz ein christlich organisierter Maurer zu arbeiten angefangen. Er ist gleich aufgefordert worden, entweder in den roten Verband einzutreten oder die Arbeit niederzulegen (ähnlich wie in Heidelberg). Er ist aber nicht gegangen, und der Unternehmer bezw. der Bauleiter hat ihn auch nicht entlassen. Die Arbeiter haben nun zu einem anderen Mittel gegriffen. „Sie steckten" — heißt es da — „bei seinem Arbeitsplatze eine aus Dachpappe gefertigte Fahne auf, welche mit einem weißen Kreuz bemalt war. Die vorübergehenden Genossen beugten nun spottweise das Knie vor ihm. Aber damit noch nicht genug! Sein ganzes Handwerkszeug wurde mit menschlichem Abgang beschmutzt und sein zur Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten notwendiges

Material derart zugerichtet, daß es ihm unmöglich war, weiter zu arbeiten." Dieser Fall ist nun mit Strafe erledigt worden. Man hat hier die Schuldigen genau ausfindig machen können. Aber in wievielen Fällen ist es nicht möglich, die Täter ausfindig zu machen!

Die Fabrikinspektion hat in ihrem Bericht auch einige ähnliche Fälle angeführt, die bei Streiks in Baden vorkamen. Unter den Forderungen der Streikenden werden da in den einzelnen Fällen u. a. aufgeführt: „Entlassung eines Meisters und eines Arbeiters und Wiedereinstellung einer Arbeiterin," „Entlassung christlich Organisierter," „Entlassung eines nichtorganisierten Arbeiters," „Entlassung nichtorganisierter Arbeiter" u. s. w. Sie sehen, daß auch in Baden die Fälle sich häufen, wo die Arbeiter wegen ihrer Ueberzeugung, weil sie christlich organisiert oder vielleicht noch garnicht organisiert sind und weil sie nicht in die sozialdemokratische Organisation übertreten wollen, von dem Arbeitsplatze verdrängt werden. (Zuruf: Was tun denn die Aerzte heutzutage?) Was die Aerzte in dieser Beziehung machen, darüber habe ich jetzt nicht zu befinden. Wenn die Aerzte es so machen, so ist es genau so zu verurteilen, wie wenn es andere machen (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!). Die Familie des christlichen Arbeiters hat doch ihr Brot ebenso notwendig wie die Familie des sozialdemokratischen Arbeiters, die christliche Arbeiterschaft hat genau so den Schutz des Staates zu beanspruchen wie alle anderen (Zuruf). Schwindel? Ich kann Ihnen nachher auf Grund von gerichtlichen Urteilen eine ganze Anzahl solcher Fälle vorführen, dann werden Sie sehen, daß es kein Schwindel ist. War es vielleicht in Heidelberg Schwindel, als die christlichen Maurer von dem Bauplatz verdrängt wurden, einfach deshalb, weil sie nicht in die sozialdemokratische Gewerkschaft eingetreten sind? Ist es vielleicht Schwindel in Mannheim gewesen, als die christlichen Gipser von Platz zu Platz verdrängt wurden, bis sie endlich bei einem Gipsermeister, der noch ein Herz gehabt hat, d. h. der sich nicht von den Sozialdemokraten terrorisieren ließ, unterkamen? Wenn Streiks nur in Szene gesetzt werden, um Arbeiter brotlos zu machen, so ist das aufs allerschärfste zu verurteilen. (Abg. Rösch: Wer nicht sät, soll nicht ernten!) Wer nicht sät, soll nicht ernten! Die Arbeit ist für jeden auf der Welt da, einerlei, ob er mit Ihnen oder Anderen sät. Wir haben verschiedene Arbeitsfelder zu beackern und zu besäen, und wenn ich Kraft meiner Ueberzeugung auf christlichem und nationalem Boden meinen Acker bestelle, so wird mir das mindestens vom Staat zugestanden werden müssen, und wenn Sie glauben, nach Ihrer Façon den Acker bestellen zu sollen, so tun Sie das, aber lassen Sie uns in Ruhe. (Sehr richtig! im Zentrum.) Mehr verlangen wir nicht. Die christliche Arbeiterschaft soll nur endlich einmal Ruhe bekommen vor dem Drängen und den Mißhandlungen durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. (Beifall im Zentrum.) Daß es sozialdemokratische Gewerkschaften sind, die hier namentlich terrorisieren, das kann ich Ihnen durch den Jahresbericht des sozialdemokratischen Agitationskomitees für die 11., 12., 13. und 14. sächsischen Reichstagswahlkreise beweisen, den die „Leipziger Volkszeitung" in Nr. 72 des Jahres 1907 veröffentlicht. Da heißt es: „In diesem Frühjahr wurden zwischen dem Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei und dem Ausschuß des Gewerkschaftskartells bestimmte Vereinbarungen für ein gemeinsames Arbeiten getroffen, die ein freundschaftlich nachbarliches Verhältnis herbeiführen müssen .... Daß sie nicht bloß auf dem Papier stehen, beweist der Umstand, daß das Agitationskomitee den ausgesperrten Buchbindern 4800 Mark zur Verfügung stellte." Das finde ich ganz schön, wenn die ausgesperrten Arbeiter etwas bekommen. Es heißt aber dann weiter, daß „die Gewerkschaften der Partei bei der Reichstagswahl mit 8078 Mark hilfreich unter die Arme griffen." Kann man denn nun von einem christlichen Arbeiter, der auf anderem politischen Boden steht, verlangen, er solle in solche Gewerkschaften eintreten, welche die sozialdemokratische Partei bei den Wahlen mit ihrem Gelde unterstützen? Das wäre ja eine Ungerechtigkeit sondergleichen, und es ist nur zu begrüßen, daß die christliche Arbeiterschaft sich mehr und mehr dazu aufrafft, sich zusammenzuschließen, und mehr und mehr den sozialdemokratischen Gewerkschaften den Rücken kehrt.

Der Bericht der Großh. Fabrikinspektion hebt es besonders hervor, daß oben im Wiesentale gerade die christlichen Gewerkschaften sehr starke Fortschritte gemacht haben, und daß sie schon Manches für die Arbeiterschaft errungen haben. Der Bericht hebt das lobend hervor. (Abg. Süßkind: Ist's auch wahr?) Wenn das nicht wahr ist, so mögen Sie es mit dem Herrn Vorstand der Fabrikinspektion ausmachen! Ich berufe mich hier auf dessen Bericht. Sie berufen sich doch sonst auch immer auf die Statistik und die amtlichen Berichte, wenn sie Ihnen in den Kram passen! (Lebhafte Zwischenrufe seitens der Sozialdemokraten.)

Erster Vizepräsident Dr. **Wilckens** (unterbrechend): Ich muß bitten, daß diese Zwischenrufe unterbleiben, und daß Sie den Herrn Redner ungestört weitersprechen lassen!

Abg. **Belzer** (fortfahrend): Durch einen Zwischenruf ist vorhin gesagt worden, daß dieser Terrorismus nur so in die Welt hinausposaunt werde, daß es in Wirklichkeit gar nicht so schlimm wäre. (Abg. Kramer: Stimmt, meist ist es nur Schwindel!) Ob das Meiste Schwindel ist, werden Sie gleich sehen! Ich habe hier nur dreißig Gerichtsurteile, welche zusammengestellt sind, wo sozialdemokratische Terrorismusfälle bestraft worden sind. Ich will, um nicht die Zeit zu sehr in Anspruch zu nehmen, nur einige wenige zu Ihrer Kenntnis bringen. Hier heißt es:

„Als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei hatte der Bergmann Gustav Leese die Gepflogenheit, durch Zwang und schwere Drohungen widerstrebende Bergleute zum Eintritt in den roten Bergarbeiterverband zu zwingen. Der Angeklagt war derart gefürchtet, daß die meisten Zeugen sich weigerten, gegen ihn auszusagen. Das Gericht in Hattingen verurteilte ihn zu 2 Monaten Gefängnis." Weiter:

„Die Oldenburger Strafkammer verurteilte am Samstag den 28. Juli 1907 sechs sozialdemokratische Arbeiter, welche gemeinschaftlich zu Delmenhorst den Arbeiter Flügge, weil dieser nicht der Organisation beitreten wollte, unmenschlich mißhandelt hatten, zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu dreieinhalb Jahren. Der mißhandelte Arbeiter Flügge ist an den erhaltenen Verletzungen gestorben." Es wird wohl niemand behaupten wollen, daß diese Strafe zu hart wäre, wenn man einen Arbeiter wegen seiner Ueberzeugung geradezu totschlägt! (Abg. Süßkind: Das ist kein Wahlkreis der Sozialdemokraten!) Ja, es kommt nicht darauf an, was für ein Wahlkreis es ist, es kommt darauf an, was die Sozialdemokraten innerhalb des Wahlkreises tun! (Abg. Süßkind: Nein, das waren keine Sozialdemokraten!)

Erster Vizepräsident Dr. **Wilckens**: Ich muß wiederholt bitten, daß die Zwischenrufe unterbleiben, und daß Sie den Redner ruhig fortfahren lassen. Sie können ja nachher erwidern.

*

Abg. **Belzer** (fortfahrend): Es wird jedenfalls das Beste sein, ich ignoriere die Zwischenrufe. In Velbert kam folgendes vor: „Ein in der Bergischen Eisengießerei und Metallwarenfabrik beschäftigter Schlosser hatte schon längere Zeit hindurch viel zu leiden, weil er nicht sozialdemokratisch organisiert war. Besonders heiß ging es zur Zeit der Reichstagsstichwahl in der Fabrik her. Am Tage der Stichwahl wurde der betreffende Arbeiter, weil er nicht sozialdemokratisch gewählt hatte, mit schweren Eisenstücken mißhandelt, und abends, als er nach Hause kam, wurden die Mißhandlungen mit einem Gummischlauch fortgesetzt. Das Gericht verurteilte die beiden Täter mit Rücksicht auf die niedrigen und gemeinen Motive, wie in der Urteilsbegründung ausgeführt wurde, trotz ihrer Unbestraftheit zu drei bzw. zwei Wochen Gefängnis". Mit dem Gummischlauch werden also die Arbeiter für die Sozialdemokraten zur Wahlurne getrieben! — Noch ein Fall: „Zu sechs Wochen Gefängnis wurde der „frei"organisierte Maurer M. Harder in Zoppot verurteilt. Derselbe hatte im Verein mit anderen Maurern christlich organisierte Maurer unter Androhung von Gewalt in den roten Verband pressen wollen. In der Verhandlung berief sich Harder auf den Beamten des roten Maurerverbandes, Grünhagen (Danzig), der ein solches Vorgehen gegen die christlichen Gewerkschaften wünsche."

Man kann mir ja nun allerdings entgegenhalten, daß vielleicht da oder dort auch von seiten der christlichen Organisierten Terrorismus geübt wird. Wenn das geschieht, so verurteile ich es genau so, wie ich diese Fälle verurteile. Gerichtsurteile sind wohl dort noch nicht zu verzeichnen, während es gerichtlich festgestellt worden ist, daß christliche Arbeiter von sozialdemokratisch organisierten Arbeitern wegen ihrer Gesinnung mißhandelt oder terrorisiert worden sind. Die ganze Presse der bürgerlichen Parteien — ich meine hier nicht nur die Presse der Zentrumspartei sondern die Presse aller bürgerlichen Parteien — ist einig in der Verurteilung eines solchen Terrorismus, und nirgend wird jemand in bürgerlichen Blättern gelesen haben, daß der Terrorismus erlaubt sei. Dagegen ist das in sozialdemokratischen Blättern schon vielfach zu lesen gewesen! Auch der „Volksfreund" hat schon einmal geschrieben: Der Terrorismus der organisierten Arbeiter sei berechtigt. Der „Vorwärts" stellt in seiner Nummer 192 vom Jahre 1907 den Terrorismus als ein „erlaubtes und kulturförderndes Mittel" hin. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bäckerverbandes Allmann schrieb in der „Bäckerzeitung" im Januar 1905: „Der Terrorismus der Gewerkschaften ist hochmoralisch, weil kulturfördernd, wenn auch der Drache des Strafgesetzbuches daneben lauert." Die Mannheimer „Volksstimme" schrieb anläßlich des dortigen Hafenarbeiterstreiks: „Sie (die Christlichen) verdienen nicht, unter die ehrlichen Arbeiter gezählt zu werden (Abg. Süßkind: Sehr richtig! — Glocke des Präsidenten), sondern es muß endlich einmal begonnen werden, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen." — Und weiter: „Dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brod aus der Hand geschlagen werden!" (Hört, hört! beim Zentrum).

Ich bin gespannt auf die Gegenbeweise, die vom Herrn Kollegen Süßkind nachher kommen. Ich werde jedenfalls in der Lage sein, diese zu widerlegen. Ich glaube aber schon jetzt bewiesen zu haben, daß von seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften der Terrorismus in sehr scharfer Weise ausgeübt wird.

Ich will mich nun zu einem anderen Kapitel wenden, zu den Arbeitskammern. Im Oktober 1907 hat in Berlin der christlich-soziale Arbeiterkongreß getagt, der eine Abordnung zum Reichskanzler delegierte, um ihm die Wünsche der Arbeiterschaft vorzutragen. Am 24. Oktober ist nun diese Abordnung vom Reichskanzler in Klein-Flottbeck bei Altona empfangen worden. Neben einer Aussprache über die allgemeine sozialpolitische Lage wurden besonders der Arbeiterschutz in der schweren Industrie, die Sonntagsruhe, die Arbeiterinnenfrage besprochen. Der Kongreß, trug die Abordnung vor, halte insbesondere darauf, daß die Verhältniswahlen bei allen sozialen Wahlen eingeführt werden sollen. Der Reichskanzler hat darauf erwidert: „Ueber die Lage derjenigen Angelegenheiten, welche Sie bei unserer vorigen Besprechung in den Vordergrund gestellt haben, ist Ihnen durch den Herrn Staatssekretär des Innern Mitteilung gemacht worden. Ich füge hinzu, daß ich meinerseits alles tun werde, um die Einbringung und die parlamentarische Erledigung des in Aussicht stehenden Reichsvereinsgesetzes und Arbeitskammergesetzes zu fördern." Der Reichskanzler hat allerdings damit Wort gehalten, daß er diese beiden Gesetzentwürfe eingebracht hat. Diejenigen aber, die glauben, daß damit dem Wunsche der Arbeiterschaft in dieser Beziehung Rechnung getragen worden ist, befinden sich auf dem Holzwege, wenn ich mich so ausdrücken darf, denn so, wie das Arbeitskammergesetz aussieht, ist es für die Arbeiter unannehmbar. Ich will mich nun nicht gerade auf den Boden stellen wie der Herr Kollege Horst, der gesagt hat, daß an dem ganzen Gesetze überhaupt nichts Gutes sei. Wenn ich sonst gar nichts Gutes an dem Gesetz fände, so wäre doch wenigstens als gut seine Tendenz zu bezeichnen, daß eine befriedigende Lösung, eine befriedigende Entwicklung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum geschaffen, daß der soziale Frieden gewährleistet werden solle. Aber nach der Weise, wie die einzelnen Paragraphen ausgearbeitet worden sind, glaube ich kaum, daß diese Tendenz auch wirklich zur Durchführung gelangen kann. Der Herr Minister hat sich ja — das will ich gleich bemerken, ich begrüße das mit Freuden — auf einen anderen Standpunkt gestellt; er hat der Arbeiterschaft gegenüber im allgemeinen einen sehr freundlichen Standpunkt eingenommen. Mir ist es nun einerlei, ob der Weg zu den Arbeiterkammern über die Arbeitskammern führt oder ob die umgekehrte Entwicklung stattfinden wird; mir ist nur das eine von großer Wichtigkeit: daß endlich einmal etwas Brauchbares gemacht wird.

Ich will mich nun nicht im einzelnen über den ganzen Gesetzentwurf verbreiten; die christlichen Gewerkschaften Badens haben ja bereits einen Abänderungsvorschlag für das ganze Gesetz ausgearbeitet, und der Herr Vorstand der Fabrikinspektion wird jedenfalls von diesen Vorschlägen Kenntnis haben. Ich möchte nur wünschen, daß sie auch zur Durchführung gelangen. Der § 1 des Regierungsentwurfs, der die Anlehnung der Arbeitskammern an die Berufsgenossenschaften vorsieht, wird auch von der christlichen Arbeiterschaft abgelehnt. Was dann die Aufgaben der Arbeitskammern betrifft, die in § 3 des Entwurfs geregelt werden, so erlaube ich mir, Ihnen die Ziffer 4 dieses § 3 in dem Wortlaut bekannt zu geben, den sie nach dem Vorschlag der christlichen Arbeiterschaft erhalten soll. Sie lautet: „Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter zum Zwecke haben und beantragt werden: a. durch Arbeiterorganisationen, b. Arbeitgeberverbände, c. Arbeiterausschüsse, d. Gewerbegerichte, e. Berufsgenossenschaften, f. Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, g. Krankenkassenvorstände." Alle diese Organisationen,

Verbände und Institutionen, die in dem Vorgelesenen genannt sind, haben sicher Interesse an allen Arbeiterfragen und deren Behandlung, und stehen auch mitten im Arbeiterleben; die Kammer sollte also auf Vorschläge, welche von diesen Seiten kommen, Rücksicht nehmen und dementsprechend auch ihre Anordnungen treffen.

Eine andere Frage ist die, wer überhaupt wahlberechtigt sein soll. Hier gehen die Vorschläge nun davon aus, daß nicht nur, wie das im Sinne der Regierungsvorlage liegt, gewerbliche Arbeiter unter diese Bestimmung fallen sondern daß sie weiter ausgedehnt werden soll, da ja der Begriff des gewerblichen Arbeiters nicht genau abzugrenzen ist. Der Vorschlag, der in dieser Beziehung von den christlichen Gewerkschaften gemacht wird, lautet: „Als Arbeiter im Sinne des Gesetzes gelten: Alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, welche 1. in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen, Gruben, in Fabriken und Hüttenwerken, Eisen- und elektrischen Bahnen, Binnenschiffahrtsbetrieben und Werften, und bei Bauten aller Arten, im Handwerk und sonstigen stehenden Gewerbebetrieben beschäftigt werden, 2. in Betrieben, in denen Dampfkessel oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft usw.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, sofern diese Verwendung nicht ausschließlich in vorübergehender Benützung einer nicht zur Betriebsanlage gehörigen Kraftmaschine besteht. 3. Die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen beiderlei Geschlechts, sofern sie nicht ausschließlich im häuslichen Gesindedienst beschäftigt werden. 4. Die im städtischen Herrschaftsdienst beschäftigten Personen beiderlei Geschlechts, deren Gehalts- oder Lohnverhältnisse sowie Anstellungsbedingungen in der Berechnung auf weniger als ein Vierteljahr bemessen, und die nicht ausschließlich zu persönlichen Dienstleistungen angestellt sind (z. B. Hausburschen, Kutscher, Stallmeister, Stallknechte, Putzfrauen oder -Mädchen usw.). 5. Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker und Handlungsgehilfen (ausschließlich der in Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge) und sonstige Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt. 6. Die Personen in den gesamten Betrieben der Post-, Telegraphen-, Marine- u. Heeresverwaltung, sofern deren Gehalt oder Lohn im Jahre 2000 Mark nicht übersteigt. 7. Die Personen, welche in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Notare. Krankenkassen usw. mit einem Jahresarbeitsverdienst von weniger als 2000 M. beschäftigt sind, und deren Gehalts- oder Lohnverhältnisse und Anstellungsbedingungen für einen Zeitraum von weniger als einem Vierteljahr geregelt werden. 8. Die im kommunalen Dienst beschäftigten Personen beiderlei Geschlechts, welche einen Jahresarbeitsverdienst von weniger wie 2000 M. erhalten. Alle in der Hausindustrie beschäftigten Personen ohne Rücksicht darauf, ob sie die Rohprodukte und Werkzeuge selbst stellen, ob sie auf Risiko des Arbeitgebers die Produkte herstellen oder nicht."

Das Gebiet, wie es durch diesen Abänderungsvorschlag der christlichen Gewerkschaften umgrenzt ist, ist ein wesentlich weiteres als dasjenige, das im Regierungsentwurf vorgeschlagen ist. Wenn die Wahlberechtigten in der hier vorgeschlagenen Weise geregelt wird, wenn also den hier genannten Gruppen von Arbeitern die Berechtigung zur Wahl zur Arbeitskammer gewährt wird, wird etwas Brauchbareres zustande kommen, als wenn man nur die gewerblichen Arbeiter herausgreift, welche vielleicht in großen Betrieben, in Fabriken usw. beschäftigt sind.

Nun verlangen die christlichen Gewerkschaften aber weiter, daß auch § 5 des Entwurfs gestrichen werden soll. Dieser geht nämlich dahin, daß, wenn in einem Einzelbetriebe eine Beschwerde oder sonst eine Klage besteht, diese nicht an die Arbeitskammern gelangen solle. Bei Belassung dieses Paragraphen wäre es möglich, daß mancher Mißstand nicht in der Weise, wie es wirklich wünschenswert ist, zur Behandlung komme.

Was nun das Wahlrecht selber anbelangt, so ist das ja das ärgste Karnickel, das in dem Regierungsentwurf enthalten ist. Da hat ja die Arbeiterschaft im allgemeinen überhaupt kein Recht zu wählen; der Arbeiter als solcher ist gänzlich ausgeschaltet, und nur einige wenige Vertreter, die in die Arbeiterausschüsse oder bei den Berufsgenossenschaften gewählt sind, sollen dann die Faktoren darstellen, welche für alle maßgebend sein sollen. Es handelt sich hier um einen Paragraphen, der in erster Reihe umgeändert werden muß, und ich habe auch zu der Großh. Regierung das Vertrauen, daß sie im Bundesrat darauf hinwirken wird, daß das Wahlrecht wirklich praktisch und volkstümlich ausgestaltet wird, so daß jeder Arbeiter sein Wahlrecht erhält. Damit wäre dann den Wünschen der Arbeiterschaft allerseits Rechnung getragen und jede Kategorie innerhalb der Arbeiterschaft in der Lage, die Personen selber zu wählen, die sie als ihre Vertreter geeignet befindet.

Ich will der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Gesetzentwurf noch in zweckentsprechender Weise ausgestaltet wird, und möchte der Großh. Regierung nur empfehlen, darauf hinzuwirken, daß diese Vorschläge, wie sie von den christlichen Gewerkschaften gemacht worden sind, im Gesetz zur Geltung kommen.

Nun komme ich zu der Arbeitslosenfürsorge. Hierzu liegt ja eine Interpellation vor, und auch hier muß ich sagen: Diejenigen, welche nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, welche nicht wissen, wie es dem Arbeiter geht, wenn er keine Beschäftigung hat, können sich schwer, viele vielleicht auch gar nicht, einen Begriff davon machen, wie es auf dem Arbeiter lastet, wenn er brotlos, mittellos dasteht. Das beste Mittel gegenüber der Arbeitslosigkeit ist eine staatliche Arbeitslosenversicherung. Aber dieses Mittel haben wir eben jetzt noch nicht, und solange wir dieses Mittel nicht haben, muß eben auf andere Weise für Abhilfe gesorgt und auf Linderung der Notlage hingearbeitet werden. Die Regierung hat es ja allerdings inbezug auf die Bauhandwerker so dargestellt, als ob die Notlage nicht so groß wäre, als ob das eine alljährliche Erscheinung sei. Es ist ja Tatsache, daß alle Jahre im Winter die Bauhandwerker mehr oder weniger arbeitslos sind. Aber ich glaube, daß gerade in diesem Jahre die Zahl der Arbeitslosen aus diesem Berufe gegenüber den früheren Jahren verhältnismäßig hoch ist.

Ein Mittel möchte ich doch auch noch empfehlen, durch dessen Anwendung der Staat helfend eingreifen könnte, das ist die unentgeltliche Beförderung der Arbeitslosen auf der Eisenbahn. Wenn ein Arbeitsloser irgendwo Arbeit erhalten kann (die Arbeitsnachweise arbeiten ja da einander in die Hand), dann könnte man ihn ja unentgeltlich dorthin befördern. Wenn an einem Platze vielleicht viele Arbeitslose vorhanden sind, an einem anderen Platze vielleicht gar keine, so ließe sich auf diese Weise leicht ein Ausgleich herbeiführen.

Was nun die ausländischen Arbeiter anbelangt, so stehe ich auf dem Standpunkt, den die Gr. Regierung inbezug auf die polnischen Arbeiter in Mannheim eingenommen hat. Der Herr Kollege Süßkind hat s. Zt. daran Kritik geübt, daß die polnischen Arbeiter zeitweise

ausgewiesen werden. Was die Regierung dort getan hat, ist nur zu begrüßen. Inbezug auf die italienischen Arbeiter möchte ich der Regierung besonders empfehlen, daß sie, soweit sie es in der Hand hat, bei staatlichen Gebäuden darauf hinwirken möge, daß möglichst nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden; auch bei den Bahnbauten sollten, soweit es sich machen läßt (und es läßt sich in manchen Punkten schon machen), möglichst nur deutsche Arbeiter eingestellt werden. Daß dadurch der Arbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen ein Riegel vorgeschoben werden könnte, ist wohl anzunehmen.

Ich habe nun vonseiten des christlichen Schneiderverbandes noch einen Auftrag erhalten, dessen ich mich hier entledigen will. Er bezieht sich auf die Submissionen, die der Staat wegen der Anfertigung von Kleidern, z. B. Gendarmerie-, Schutzmanns-, Postbeamtenkleidung usw., ausschreibt. Diese Arbeiten werden nach der Verordnung des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 an einzelne Firmen vergeben. In dieser Verordnung heißt es in § 10 Abs. 10: „Im Uebrigen ist bei öffentlichen Ausschreibungen der Zuschlag dem zu erteilen, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände als das annehmbarste zu erachten ist." Es soll also nach der Verordnung nicht dem Niedrigstbietenden die Arbeit übertragen werden sondern dem, der unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände das annehmbarste Angebot abgegeben hat.

In § 10 Abs. 1 bis 3 wird das noch näher ausgeführt. Da heißt es: „Das niedrigste Angebot als solches darf für die Entscheidung über den Zuschlag keineswegs den Ausschlag geben. Der Zuschlag darf nur einem in jeder Beziehung annehmbaren, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung der Leistung oder Lieferung gewährleistenden Angebote erteilt werden. Es sind nur solche Bewerber zu berücksichtigen, die für die bedingungsmäßige Ausführung sowie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Handwerkern, Gesellen, Lehrlingen und Arbeitern die erforderliche Sicherheit bieten. Bewerber, die nach Kenntnis der ausschreibenden Behörde ihren Beitragspflichten bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nicht nachzukommen pflegen, sind ausgeschlossen."

Die Regierung soll also genau untersuchen, ob die Firmen, denen sie die Arbeit übergibt, wirklich auch ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Angestellten nachkommen, und ich meine, es sollte die Regierung besonders darauf achten, daß sie diese Arbeiten nur an solche Firmen vergibt, die einen Tarif mit den Arbeitern abgeschlossen haben.

Die Löhne, welche diese Schneider und Schneiderinnen beziehen, sind außerordentlich gering. Nach dem Bericht der Fabrikinspektion beträgt der Durchschnittslohn für einen Schneider 2.25 M. täglich. In Völkersbach soll sich der Jahresdurchschnittsverdienst auf 787 M. beziffern. Nach meinen persönlichen Informationen aber ist das noch zu hoch gegriffen. Es ist das bedeutend über dem Durchschnitt. Der Lohn für die Anfertigung besonderer Kleidung, z. B. der in der Drellkleiderbranche, ist ganz niedrig. Da verdienen die Leute noch viel weniger als wie bei Anfertigung der besseren Anzüge. Die Arbeitszeit ist eine außerordentlich lange. Man rechnet durchschnittlich 11—13 Stunden täglich. Oft aber dauert sie sogar bis zu 18 Stunden, und dann haben diese Leute noch besondere Auslagen für Fahrt zur Ablieferung, Faden, Zwirn und dergl. Früher, vor etwa 10 Jahren, ist der Preis für derartige Kleider noch ein bedeutend höherer gewesen; die Leute haben dort auch bedeutend mehr verdient. Jetzt aber sind trotz der Organisationen, die jetzt gegründet sind, und trotz des 25-prozentigen Lohnaufschlags, den diese Organisationen sich errungen haben, die Löhne doch bedeutend niedriger als früher. Zum Beispiel für einen Rock 1. Klasse für Eisenbahnbeamte, für den früher 10 bis 12 Mark bezahlt wurden, bekommen die Leute heute nur noch 6 M. Man kann nicht sagen, daß man in der Technik der Schneiderei so weit vorgeschritten sei, daß durch ausgiebige Benützung von Maschinen die Arbeit schneller fertig wird, die Leute müssen auch jetzt noch die Arbeit zum größten Teil mit den Händen machen. Die Firmen klagen, daß sie den Leuten nicht mehr bezahlen können, weil die Konkurrenz bei den Submissionen so groß sei. Deswegen soll gerade hier genau noch der Verordnung verfahren werden und soll man nicht die niedrigen Angebote in Betracht ziehen.

Auf eine Eingabe, die die Organisation der Schneider wegen der Schneiderarbeiten, die bei der Eisenbahnverwaltung vergeben werden, an das Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet hat, ist von dort eine Antwort gegeben worden, die folgendermaßen lautet: „Bei der künftigen Vergebung von Dienstkleidern wird die Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen so weit möglich darauf Bedacht nehmen, die in der Eingabe verzeichneten Firmen zu den Lieferungen heranzuziehen." Es ist das nur zu begrüßen. Trotzdem hat aber eine Firma Arbeit erhalten, die ein tatsächlich niedriges Angebot gemacht hatte; ihre Arbeit war aber derart, daß ihr nach einem Vierteljahre die ganze Lieferung, die sie auf drei Jahre übernommen hatte, entzogen werden mußte. Diejenigen, welche billig arbeiten wollen, arbeiten in der Regel deswegen auch umso schlechter. Diese Firma hat, trotzdem sie erklärt hatte, auf dem Boden des Vertrags zu stehen, den sie mit ihren Arbeitern abgeschlossen hat, nachträglich diesen Vertrag nicht eingehalten. Ich möchte nur wünschen, daß bei den Submissionen möglichst darauf Bedacht genommen wird, nach den Wünschen der Arbeiterorganisationen zu verfahren, daß nicht gerade die billigsten Angebote berücksichtigt werden, damit den Arbeitern auch annehmbare Preise bezahlt werden können.

Zu der Frage der Heimarbeit hat Herr Kollege Lehmann ausgeführt, er möchte die Heimarbeit ganz verschwinden sehen. Ich stehe da auf einem anderen Boden. Wir würden unserer Arbeiterschaft im allgemeinen keinen guten Dienst erweisen, wenn wir die Heimarbeit verschwinden lassen würden. Wie viele der Heimarbeiter arbeiten im Sommer in der Landwirtschaft! Sehr viele, ja fast alle haben selbst noch Landwirtschaft nebenbei. Wenn man nun diesen Leuten wirklich dadurch die Heimarbeit verleiden wollte, daß man sie eben ihrem Schicksal überläßt, dann wären die Leute gezwungen, zuletzt von der Heimat fortzuziehen in die Städte und dort der Industriearbeiterschaft in den Nacken zu fallen. In dem Buch „Heimarbeit und Hausindustrie in Baden" ist auf Seite 990 gerade in dieser Beziehung eine sehr wichtige Bemerkung enthalten. Da heißt es: „Wenn der Landmann durch seinen Betrieb, durch seine Feld- und Waldarbeit, durch Fabrik- und Heimarbeit sein Einkommen nicht oder nicht in genügendem Maße erhöhen kann, dann sucht er seine bescheidenen Ausgaben noch weiter einzuschränken und die Bedürfnislosigkeit zur Lebenskunst zu entwickeln". Und weiter unten heißt es dann: „Sobald die Kinder arbeitsfähig sind, werden sie in die Fremde geschickt: Ein Esser weniger, ein Zahler mehr. Denn die Kinder schicken ihr Verdienst getreulich nach Hause" usw. Das ist auch wahr. Den Kindern vom Land draußen, insbesondere in den abgelegeneren Gemeinden, muß das Lob

gespendet werden, daß sie ihre Eltern noch unterstützen, während es bei den Kindern, die in der Großindustrie arbeiten vielfach vorkommt — mit Bedauern muß es konstatiert werden —, daß sie ihren Eltern nur noch Kostgeld bezahlen und das übrige vom Lohn für sich behalten. Um auf die Heimarbeit zurückzukommen, möchte ich nur empfehlen, daß die Heimarbeit unterstützt wird, daß man den darin Beschäftigten, soweit es eben durch die Regierung geschehen kann, hilfreich die Hand bietet.

Zur Förderung von Gewerben sind im Budget verschiedene Posten enthalten, so für Strohflechterei, Musikwerkindustrie, Holzwarenindustrie und Spahnkorbflechterei. Eine Industrie ist besonders in meinem Wahlkreis verbreitet, die Korbmöbelfabrikation, besonders verbreitet in Au am Rhein, in Illingen und noch einigen Ortschaften. Auch die damit beschäftigten Leute sind sehr schlecht bezahlt. Wenn hier die Regierung etwas tun könnte, vielleicht durch Selbstabnahme — ich habe in Eisenbahnwagen schon Korbmöbel angetroffen —, so könnte vielleicht auch hier etwas geholfen werden.

Dann habe ich einen ganz besonderen Wunsch eines Erwerbszweiges in meinem Wahlkreis hier vorzutragen. Es sind das die Holzschuhmacher, ebenfalls in der oberen Hardt. Hierbei sind einige Gemeinden interessiert, ebenfalls wieder Au a. Rhein, Neuburgweier, Würmesheim usw. In dem Bericht des Herrn Dr. Bittmann an das Großh. Ministerium des Innern heißt es auf Seite 468: „Den meisten Holzschuhmachern fehlt es an Geld zum vorteilhaften Einkauf von Holz und Leder." Das ist eine Tatsache. Diese Leute betreiben ebenfalls kleine Landwirtschaft und über Winter suchen sie sich dann dadurch über Wasser zu halten, daß sie Holzschuhe anfertigen und zum Verkauf bringen. Es heißt in demselben Bericht, daß das Ster Pappelholz, welches sie hauptsächlich dazu verwenden, auch Erlenholz, 12—15 M. einschließlich des Fuhrlohns kostet. Die Leute haben einen sehr schlechten Verdienst. Sie haben einen Stundenlohn, wie ebenfalls angeführt ist, von 6—20 Pfg., das ist gewiß wenig. Es heißt dann weiter, daß der Ster Holz 70—80 Paar Holzschuhe ergibt. Wie ich mich erkundigt habe, ist das zu hoch gegriffen; es müßte denn vollständig erstklassiges Holz sein, wenn so viel herausgebracht werden könnte, die Leute haben aber für ihr teueres Geld nicht erstklassiges Holz erhalten, sondern haben mit Brennholz vorlieb nehmen müssen. Ich werde Ihnen das nachher noch auseinandersetzen. In dem Bericht ist auch ein Beispiel angeführt, und da heißt es, daß von einem bestimmten Arbeiter täglich 9 Paar Schuhe angefertigt werden zu einem Preis von 50 Pfg. für das Paar, das macht im Tag 4,50 M. Die Ausgaben für Material mit 2,52 M. abgerechnet bleibt ein Verdienst von 1,98 M. Das ist aber ein Arbeiter, der mit seinem Verdienst über dem Durchschnitt steht, die Beisten verdienen viel weniger. Nun haben sich die Leute beklagt, daß sie seitens der Regierung bei der Abgabe des für ihre Arbeit nötigen Holzes, das sie sich aus den Domänenwaldungen ersteigern müssen, keine Berücksichtigung mehr finden. Die Holzschuhmacher auf der oberen Hardt, also in den bereits genannten Ortschaften, beziehen ihr für die Holzschuhfabrikation nötiges Holz in der Hauptsache aus dem Karlsruher Forstbezirk Kastenwörth, und nun hat der zuständige Forstbeamte in den letzten Jahren alles gut brauchbare Holz an eine Holzschuhfabrik in der Pfalz aus der Hand verkauft, und die badischen Staatsbürger mußten leer ausgehen. Sie mußten, wenn sie Holz haben wollten, das übrig gebliebene schlechte Holz steigern, das ja zur Not noch verwendet werden kann. Es wurde seitens der Forstverwaltung mit der genannten Firma ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Verwaltung sich verpflichtet, 200 Ster geeigneten Holzes (Nutzholz zweiter Klasse zu 9 M. den Ster) zu liefern, und als dann die Leute zur Versteigerung kamen, war selbstverständlich kein Nutzholz mehr vorhanden, und sie mußten als Brennholz ausgeschriebenes Holz steigern, für welches dann ein Preis von 10— 5 M. erzielt wurde. Also die badischen Holzschuhmacher, welche ihre Steuer an die badische Staatskasse bezahlen müssen, bekommen das schlechtere Holz vom Staat für 10—15 M., während eine außerbadische Firma das sortierte, das klassifizierte Holz, das Qualitätsholz für 9 M. pro Ster erhält. Diese Firma macht dann unseren Holzschuhmachern in Baden noch weitere Konkurrenz, indem sie ihre Holzschuhe billiger absetzen kann. Es ist mir bereits von der Domänendirektion zugesagt worden, daß hier Abhilfe geschaffen werden soll, daß auch, wenn möglich, noch mehr Holz nachgeschlagen werden soll, damit auch diese Leute ihren Bedarf decken können. Nun ist aber dieses Holz bei den Versteigerungen gerade wieder so teuer geworden, es ist wieder ein Preis von 10 bis 15 Mark erzielt worden, offenbar war also wenig vorhanden. Der Wunsch dieser Leute geht dahin, daß in Zukunft kein Holz mehr an die Firma aus der Hand abgegeben wird, sondern daß alles durch eine Versteigerung zum Ausruf kommt. Eine solche Forderung ist doch gewiß bescheiden, bescheidenere Forderungen haben wir sonst wohl selten gehabt, und sie könnte wohl auch voll berücksichtigt werden.

Im Bericht des Herrn Kollegen Neuhaus ist enthalten, daß die Landesversicherungsanstalt zum Bau von Arbeiterwohnungen Mittel ausgeworfen hat und zwar rund 15 Millionen. Es werden diese Mittel zu 6 Proz. verabfolgt, davon sind 3½ Proz. Zinsen und 2½ Proz. Amortisation. Nach dem Kommissionsbericht sind auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Arbeiter recht wohl in der Lage, diese Zahlungen zu leisten. Ich gebe zu, daß Viele in der Lage sind, diese Zahlungen zu leisten, es gibt aber auch sehr Viele, die das nicht können, insbesondere wird es solchen Leuten, die mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, sehr schwer fallen, diese wohltätige Einrichtung für sich in Anspruch zu nehmen, wenn sie neben 3½ Proz. Zins noch 2½ Proz. Amortisation tragen müssen. Vielleicht könnte die Amortisationszeit etwas weiter ausgedehnt werden, manchem wäre damit ein guter Dienst geleistet.

Zum Schluße nur noch wenige Worte über die Verkürzung der Arbeitszeit. In dem Bericht der Fabrikinspektion ist hervorgehoben, daß im Berichtsjahr die Verkürzung der Arbeitszeit in Betrieben mit weiblicher Arbeiterschaft ziemlich zahlreich eintrat. Es ist das allerdings zu begrüßen, aber auf der anderen Seite gibt es noch sehr viele Betriebe, in denen die Arbeitszeit für die männliche und weibliche Arbeiterschaft noch eine außerordentlich lange ist. Ich erinnere Sie nur an die Sägewerke im Bühlertal. Es ist mir geklagt worden, daß dort teilweise sogar noch die dreizehnstündige Arbeitszeit vorhanden ist, und daß die dortigen Arbeitgeber sehr scharf gegen die christlichen Gewerkschaften vorgehen, sie sollen sogar schon gesagt haben, daß ihnen die roten Gewerkschaften lieber wären als die christlichen. Das ist übrigens ein Beispiel dafür, daß es die christlichen Gewerkschaften sehr gut verstehen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Offenbar glauben die Herren Unternehmer dort oben, daß sie mit sozialdemokratischen Gewerkschaften eher fertig würden, weil die öffentliche Meinung mehr den christlichen Gewerkschaften zuneige. Das beste Mittel gegen die lange Arbeitszeit wäre eben, wenn der Normalarbeitstag eingeführt werden könnte, insbesondere wäre es bald an der

Zeit, daß die Arbeitszeit weiblicher Arbeiterschaft von Reichswegen geregelt würde.

Bezüglich dessen, was ich hier vorgebracht habe, möchte ich der Großh. Regierung noch einmal dringend empfehlen, daß sie hier, wo es notwendig ist, Abhilfe schaffen und, wo es gilt, helfend einzuschreiten, die Mittel hierzu nicht versagen möge (Beifall im Zentrum).

Erster Vizepräsident Dr. **Wilckens**: Ich muß, ehe ich das Wort weiter erteile, auf einen Vorgang zurückkommen, der sich während der Rede des Herrn Abg. Belzer abgespielt hat. Der Herr Abg. Kramer hat während dieser Rede den Ausdruck „Schwindel" gebraucht. Ich habe den Ausdruck so aufgefaßt, als ob er mit bezug auf private Publikationen gefallen sei, von denen der Herr Abg. Belzer während seiner Rede Gebrauch gemacht hatte. Ich werde aber darauf aufmerksam gemacht, daß der Zwischenruf auch so verstanden werden konnte, als ob er amtlichem, von der Großh. Regierung geliefertem Material gegolten hätte. Ich kann den Herrn Abg. Kramer darüber, in welchem Sinne er den Zwischenruf gemeint hat, nicht fragen, da er sich seit einiger Zeit von seinem Platze entfernt hat. Ich muß aber erklären, daß, wenn der Zwischenruf in der Tat amtlichem Material gegolten haben sollte, ich ihn nachträglich aufs ernstlichste rügen müßte.

Abg. **Wittum** (natl.): Mit Rücksicht auf die große Zahl der vorgemerkten Redner (es sind deren 20), aber auch aus eigener Einsicht und Gepflogenheit werde ich kurz und bündig sein. Ich werde also dem Beispiel des geehrten Herrn Vorredners nicht folgen.

Zunächst möchte ich ebenfalls, und zwar auch im Namen meiner Fraktion, unserer Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der Herr Minister des Innern Veranlassung genommen hat, den Herrn Vorstand der Großh. Fabrikinspektion hier an den Beratungen über unser Gewerbewesen teilnehmen zu lassen (Beifall bei den Nationalliberalen). Unseres Erachtens hätte das schon in früheren Jahren der Fall sein sollen. Wir hätten dadurch wahrscheinlich manche längere Diskussion erspart oder sie wäre wenigstens abgekürzt worden; durch eine kurze Aufklärung oder durch eine präzise Darlegung der Grundsätze, von welchen die Fabrikinspektion geleitet wird, wären vielleicht manche Mißverständnisse und Weiterungen sowohl hier im Hohen Hause als auch draußen bei Arbeitgebern und Arbeitern vermieden worden. Die persönliche Teilnahme des Herrn Vorstandes der Fabrikinspektion an den Verhandlungen hat aber noch den weiteren großen Vorteil, daß er sich ein ganz anderes, ein viel zutreffenderes Bild von den Rednern und von dem Gehörten machen kann, als dies durch Mitteilungen Dritter oder durch Zeitungsreferate ermöglicht ist. Wir dürfen also dem Herrn Minister dankbar sein, daß er auch nach dieser Richtung hin die Initiative ergriffen hat.

Herr Oberregierungsrat Dr. Bittmann als Vorstand der Fabrikinspektion hat im letzten Jahre ein großes und verdienstliches Werk vollendet und der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht. Ich meine damit das auch von dem Herrn Berichterstatter bereits angezogene Werk über die Hausindustrie und die Heimarbeit. Die Urteile über die Hausindustrie und die Heimarbeit, über ihre Licht- und Schattenseiten, ihre guten und schädlichen Folgen sind aber sehr verschieden, je nach dem wirtschaftlichen Standpunkte, auf dem die einzelnen Beurteiler stehen. Und in der Tat, der der Sache Fernstehende, der nicht die ganze Materie gründlich kennt, wird nicht zu einer richtigen Klarheit kommen. Auch ist es nicht Jedem möglich, ein gründliches Studium des großen Dr. Bittmannschen Werkes vorzunehmen. Es wäre deshalb von großem Interesse für viele von uns, wenn wir vielleicht erfahren könnten, welche Aufnahme dieses Werk in den beteiligten Kreisen der verschiedenen Erwerbsstände erfahren hat.

Ich hätte dann auch noch eine persönliche Bitte an die Großh. Fabrikinspektion zu stellen. Der briefliche Verkehr zwischen ihr und den einzelnen Unternehmern und Gewerbetreibenden geschieht vielfach auf dem zeitraubenden Umweg über die Bezirksämter. Es dürfte sich nun die Prüfung der Frage empfehlen, ob ein direkter schriftlicher Verkehr mit den Gewerbetreibenden sich nicht in größerem Umfang ermöglichen ließe. Es würde dadurch den Bezirksämtern manche Arbeit, den Gewerbetreibenden aber sehr viel Zeit erspart, wenn sie nicht mehr den Vorladungen der Bezirksämter zu folgen hätten. Bei den Unternehmern, bei allen Gewerbetreibenden heißt es heute mehr wie je: Zeit ist Geld.

Dann möchte ich noch zwei Punkte bezüglich der Fabrikinspektion ganz kurz erwähnen.

Es ist schon auf mehreren Landtagen über die numerische Zusammensetzung der Fabrikinspektion und auch über die Frage der Dezentralisation derselben hier gesprochen worden. Ich bin nun der Ansicht, daß eine richtige, genügende Besetzung der Fabrikinspektion und eine richtige Leitung derselben den einzelnen Beamten der Gewerbeaufsichtsbehörde eine ruhigere Arbeit ohne Nervosität ermöglicht, ganz anders, als wenn sie mit Arbeiten überlastet sind. Gerade aber eine ruhige, stete und überlegende Arbeit ist für die Reihen unserer Gewerbetreibenden von der allergrößten Bedeutung.

Weiter ist sehr vielfach in der Presse und auch noch im letzten Jahre die persönliche Stellungnahme des Herrn Oberregierungsrates Dr. Bittmann bei dem großen Streik in der Lanz'schen Fabrik in Mannheim einer sehr scharfen Kritik unterzogen worden. Ich selbst war nicht in der Lage, aus den Zeitungsberichten, obgleich ich sie genau verfolgt habe, mir eine völlige Klarheit zu verschaffen und ein eigenes Urteil zu bilden. Vielleicht erhält Herr Oberregierungsrat Dr. Bittmann die Ermächtigung, in dieser Frage einmal persönlich das Wort zu ergreifen und uns klaren, unverfälschten Wein einzuschenken.

Ich hatte anfänglich beabsichtigt, mich auf dem Gebiete unserer badischen Gewerbepolitik etwas eingehender zu verbreiten. Allein der Herr Berichterstatter, der als ein sach- und fachkundiger Mann gerade als Berichterstatter über das Gewerbewesen ganz an seinem Platze ist, hat das in sehr umfangreicher und erschöpfender Weise getan. Ich kann mich deshalb hier auf wenige kurze Bemerkungen auch in diesem Punkt beschränken.

Vor allen Dingen darf ich auch im Namen meiner Partei sagen, daß wir uns den anerkennenden und lobenden Worten, die der Herr Berichterstatter der gewerbepolitischen Haltung unserer Regierung hat zuteil werden lassen, voll und gern anschließen. Es gab eine Zeit (sie liegt noch garnicht weit hinter uns), wo unser löbliches Handwerk gegenüber dem so erstaunlichen Aufschwung unserer Großindustrie weit in das Hintertreffen geriet. Unsere Handwerker verloren den Mut, ihre Arbeitsfreudigkeit, ihr Selbstvertrauen. Das Suchen nach neueren Formen anstelle der alten abgelegenen war bei ihnen zum größten Teil verloren gegangen. Auf Grund meiner eigenen vieljährigen Erfahrung hatte ich seinerzeit bemerkt, daß unsere Handwerker jedes Assoziationsgeistes, jedes Sinnes

für korporativen Zusammenschluß bar waren. Sie waren sozial erstarrt. Heute ist das ganz anders. Heute ist wieder ein neuer Geist bei unserem Handwerkerstand eingezogen. Der Herr Abg. Görlacher hat sich zwar über die Indolenz gewisser Handwerksleute einigermaßen beklagt. Auf Grund meiner Erfahrungen glaube ich allerdings, daß er in gewissem Maße recht hat. Allein man soll es doch anerkennen, daß es heute viel besser geworden ist. Dank der Initiative der Großh. Regierung, ihrer Anregung, ihrer ideellen und finanziellen Unterstützung, dank aber auch der eifrigen Tätigkeit ihrer Beamten, insbesondere auch unserer Gewerbeschullehrer, die in zahlreichen Vorträgen in allen Landesteilen, durch schriftliche Berichte, durch Uebernahme von Vorstands- und Schriftführerposten in unseren Gewerbevereinen unausgesetzt helfend und fördernd eingreifen, die auch bestrebt sind, eine persönliche und sachliche Verbindung zwischen der Schule und dem Handwerke, also zwischen Theorie und Praxis anzuknüpfen und aufrecht zu erhalten, dank dem allen regt es sich wieder in unseren Handwerkerkreisen. Ich bin überzeugt, wenn in dieser Art konsequent weitergefahren wird, wenn auch unsere Naturkräfte, Wasserdampf und vor allem elektrische Kraft, noch weiter in den Dienst des Handwerkers gestellt werden, und wenn der korporative Geist noch weiter erstarkt, daß dann auch unser Handwerk den goldenen Boden wiederfinden wird, den es ehedem gehabt hat.

Der Herr Berichterstatter hat im Verlaufe seiner mündlichen Darlegungen auch in ehrenden und anerkennenden Worten des früheren Ministers Herrn Dr. Schenkel, des Herrn Ministerialdirektors Braun und des Herrn Regierungsrates Mattenklott gedacht. Wir, ich und meine politischen Freunde, können uns seinen Worten in vollem Umfange anschließen. Gefreut aber hat es mich, daß der Herr Abg. Neuhaus gerade gegenüber seinem politischen Gegner Herrn Dr. Schenkel dem Wirken, dem unermüdlichen und erfolgreichen Wirken dieses hervorragenden Mannes hat Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Nun möchte ich aber auch noch eines anderen Mannes gedenken, der Jahrzehnte lang in unserem gewerblichen Leben eine große und erfolgreiche Rolle gespielt hat, und mit dem ich selber vier Jahrzehnte hindurch in schriftlichem und mündlichen Verkehr stand: Ich meine den verewigten Geheimerat Gustav von Stösser, der ja auch eine Reihe von Jahren Mitglied dieses Hohen Hauses gewesen ist. Schon in der Mitte der 60er Jahre, als es sich in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft geistig zu regen begann, als überall die Arbeiterbildungsvereine in großen und kleinen Städten aus dem Boden wuchsen und ein sehr starker Wissenstrieb in den Kreisen der Arbeiter zum Vorschein kam, da war es gerade der verewigte Gustav von Stösser, der den Arbeiterbildungsvereinen helfend und fördernd zur Seite stand, der Jahre lang den Vorsitz in einem Arbeiterbildungsverein innehatte, und der bis zu seinem Ableben ein Mitglied und Förderer auch des Karlsruher Arbeiterbildungsvereines gewesen ist. Ich bin überzeugt, daß Jeder, der diesen trefflichen Mann in seinem Wirken näher kennen gelernt hat, ihm ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Und was den verewigten Herrn Ministerialdirektor Braun betrifft, so habe gerade ich als Vertreter einer Industriestadt ganz besonderen Anlaß, seiner ehrend zu gedenken. Er als ein hervorragender Kenner der Bedeutung, des Umfanges und der Bedürfnisse unserer Industrie und unseres Gewerbes, der wie kaum ein zweiter unsere Kunstgewerbeschulen und unsere Gewerbeschulen kannte, er war immer bestrebt, deren Interesse nach seinen besten Kräften zu fördern. Ich bin überzeugt, wenn ihm ein längeres Erdenwallen vergönnt gewesen wäre, so würde er es eben so tief beklagt haben wie die verschiedenen Redner dieses Hohen Hauses, die während dieser Generaldebatte zum Worte kamen, daß in einer uns allen unbegreiflichen Weise unsere Gewerbeschullehrer gegenüber ihren Kollegen den Landwirtschaftslehrern in dem neuen Gehaltstarifentwurfe zurückgesetzt worden sind (Abg. Schmunck: Sehr richtig!). Ich hoffe, daß die Kommission diesen Fehler wieder gut machen wird, damit wir wieder einen stärkeren Zugang an jungen tüchtigen Leuten zu dem hochwichtigen und für die Entwicklung unseres Gewerbes bedeutsamen Stande der Gewerbeschullehrer sehen werden. Von mehreren Seiten dieses Hauses ist hervorgehoben worden, daß ein großer Mangel an Gewerbeschullehrern herrscht. Nach meinen Erfahrungen kann ich das nur bestätigen. Dieser Mangel droht geradezu zu einer Kalamität sich auszuwachsen, und die zahlreichen, übermäßig zahlreichen Ueberstunden, die unsere Gewerbeschullehrer zu leisten haben, kosten unseren Städten viel mehr Geld als hauptamtlich angestellte Lehrkräfte, ganz abgesehen davon, daß die Leistungen müder und abgehetzter Lehrkräfte diejenigen frischer und arbeitsfähiger niemals ersetzen.

Nun haben verschiedene Herren, ganz besonders aber der Herr Berichterstatter, auch bezüglich der Arbeitersekretariate anerkennende Worte gefunden. Es läßt sich in der Tat nicht leugnen, daß diese Arbeitersekretariate einem wirklichen Bedürfnisse der Arbeiterwelt entsprungen sind, und daß sie ihr schon mannigfache Dienste geleistet haben. Auf der anderen Seite läßt sich aber auch nicht verkennen, daß einzelnen Arbeitersekretären — ich betone das Wort einzelne, ich will das unterstreichen — die nötige Objektivität abgeht, daß sie vielfach auf Grund einseitiger, irriger, unwahrer Berichte sich ein Urteil fällen und bilden, das nachher oft in sehr scharfer, harter und ungerechter Weise in der Presse und in den Jahresberichten der Arbeitersekretariate zum Ausdruck kommt. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen zur Begründung hierfür vorführen, die ich genau kenne; ich will es aber unterlassen.

Ueber den dem Reichstage zur Beratung vorliegenden Entwurfe über Arbeitskammern war ich noch nicht in der Lage, mir ein definitives Urteil zu bilden. Die Frage ist ungeheuer schwierig, und neben meiner Landtagstätigkeit bin ich genötigt, auch noch ein Geschäft zu versehen und mich auch sonst an einer ganzen Reihe öffentlicher Tätigkeiten zu beteiligen. Ich fand daher noch keine Zeit, in das Studium dieses Entwurfes in der richtigen Weise einzutreten, ich muß mir also meine endgiltige Stellung vorbehalten. Im allgemeinen aber und grundsätzlich neige ich eher Arbeitskammern zu als reinen Arbeiterkammern, und zwar auf Grund einer mehr als 40jährigen praktischen Erfahrung in Industriekreisen und auf Grund meines vieljährigen Umganges mit durchaus tüchtigen und ehrenwerten Arbeitern.

Es ist hier sehr eingehend von der Kohlennot gesprochen worden. Ich will hierauf nicht weiter eingehen, sondern nur sagen, daß ich als ein Mann, der mitten in der Industrie steht, den Darlegungen, wie sie uns der Herr Minister des Innern gegeben hat, durchaus beipflichte.

Dem, was der Herr Minister des Innern über die jetzige Arbeitslosigkeit und die Linderung etwa eintretender wirklicher allgemeiner Notlage gesagt hat, dem kann ich und dem können auch meine Parteifreunde

durchaus beipflichten. Ueberhaupt darf ich wohl, ohne mich der Liebedienerei schuldig zu machen, es aussprechen, daß der Herr Minister durch seine rein sachlichen Darlegungen, durch seine vornehme, bei aller Entschiedenheit in der Sache doch in der Form konziliante Art, durch die strenge Vermeidung sogenannter Geistreicheleien bei allen Parteien dieses Hauses, selbst bis weit in die Kreise der Sozialdemokratie hinein, von Tag zu Tag an Ansehen und an Autorität gewonnen hat; ich glaube, wir dürfen dem Herrn Minister dazu nur von Herzen gratulieren (Beifall bei den Nationalliberalen).

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr **von und zu Bodman**: Es ist ein Gefühl der Beschämung, mit welchem ich jetzt beginnen muß, der Beschämung über ein so reiches Lob. Ich danke dem Herrn Vorredner, sein Lob ist aus guter Meinung und aus einer freundschaftlichen Gesinnung hervorgegangen, die ich hoch zu schätzen weiß.

Ich danke auch dem Herrn Berichterstatter für die warmen Töne, die er gegenüber meinem Ministerium gefunden hat und die sich insbesondere geltend gemacht haben, als er von meinem Ministerium als einem Wohlfahrtsministerium gesprochen hat. Ich bin mir auch bewußt, daß der Schwerpunkt des Ministeriums des Innern darin liegt, anregend und fördernd tätig zu sein und dadurch die öffentliche Wohlfahrt zu entwickeln und zu fördern.

Besonders wohltätig aber ist mir gewesen, daß sowohl von dem Herrn Berichterstatter als von verschiedenen anderen Seiten meines Herrn Amtsvorgängers, dann des Herrn Geh. Rats Braun, des Herrn Geh. Rats von Stösser und des Herrn Regierungsrats Mattenklott ehrend gedacht wurde. In der Tat ist ja das, was wir hier vor uns sehen und was in dem Budget niedergelegt ist, in der Hauptsache das Werk Derjenigen, die uns vorhergegangen sind. Es ist nicht der Abschluß, aber eine Etappe in einer langen Entwicklung, und an dieser langen Entwicklung haben vor allem die früheren Referenten Herr v. Stösser und Herr Braun ganz wesentlich mitgearbeitet.

Der Herr Berichterstatter hat auch anerkennend der Tätigkeit der Landesversicherungsanstalt Baden für gemeinnützige Zwecke gedacht. Ich finde es sehr erfreulich, daß auch auf diesem Landtage wieder die Tätigkeit der Landesversicherungsanstalt in dieser Beziehung anerkannt worden ist; es ist darüber auf dem vorigen Landtag eingehend gesprochen worden, ich enthalte mich deshalb einer weiteren Erörterung.

Auch daß anerkannt wurde, wie nun auf dem Gebiete der Statistik ein Fortschritt zu verzeichnen ist, hat mich gefreut. Ich glaube, es ist in der Tat ein wesentlicher Fortschritt, daß wir in den statistischen Mitteilungen nunmehr regelmäßig die Ergebnisse der neuesten Erhebungen vorgelegt bekommen. Ich hoffe, daß dieses Werk seinen ruhigen und gesicherten Fortgang nehmen und daß es für alle beteiligten Kreise von großem Nutzen sein wird.

Auf dem Gebiete der Gewerbeförderung sind eine ganze Reihe von Wünschen und von Bemerkungen hier zum Vortrag gekommen. Ich kann jetzt nicht auf alle eingehen; ich kann überhaupt nicht alle Einzelheiten selbst erörtern, es wird das die Aufgabe meiner Herren Mitarbeiter sein. Ich will nur auf einige wenige Punkte hier persönlich eingehen.

Zunächst ist von dem Herrn Berichterstatter auf die Jahresschule für Handlungslehrlinge hingewiesen worden, welche in Freiburg zur Einführung gelangt ist; dabei wurde der Regierung empfohlen, zu erwägen, ob nicht dieses System der Jahresschule allgemein Anwendung finden solle. Die Regierung wendet diesem Gegenstand ihre volle Aufmerksamkeit zu, aber die Frage bedarf, wie auch der Herr Berichterstatter schon hervorgehoben hat, noch einer eingehenden Prüfung. Der Vorzug der Handelsfortbildungsschule, wie wir sie im übrigen haben, ist doch der, daß die jungen Leute Praxis und Theorie nebeneinander treiben und daß sie, nachdem sie in dem Handelsbetrieb, welchem sie als Lehrlinge angehören, tätig gewesen sind, in die Unterrichtsstunden kommen; daraus ergibt sich von selbst eine beständige Beziehung zwischen Theorie und Praxis: Während ihrer praktischen Tätigkeit sehen die jungen Leute, wie das, was sie in den Unterrichtsstunden hören, sich verwirklicht und wie es angewendet wird, und sie denken an ihre praktischen Erfahrungen auch in den Unterrichtsstunden. Wenn der Unterricht unmittelbar an den Volksschulunterricht anschließend erteilt wird, ehe die jungen Leute Gelegenheit gehabt haben, sich in der Praxis zu betätigen und umzusehen, so ist zu befürchten, daß er auf die jungen Leute nicht diejenige Wirkung hat wie der in Verbindung mit der Praxis erteilte (Sehr richtig!). Es wird ja nun behauptet, daß die Jahresschule in Freiburg gute Erfolge gezeitigt habe; es wird also die Frage im Auge behalten werden, und es wird Gegenstand der Prüfung sein müssen, ob dieses System in der Tat so große Vorzüge hat, daß es auch anderwärts zur Einführung gelangen soll. Für die Prinzipale ist es natürlich viel bequemer, wenn die jungen Leute ihren Unterricht ein Jahr vor der Lehre im ganzen absolvieren und nachher nicht mehr der Praxis entzogen werden; aber ich glaube, der Hinblick auf diese Bequemlichkeit beeinflußt auch einigermaßen das Urteil der Prinzipale über die Vorteile dieses Unterrichtssystems.

Es ist dann von dem Herrn Berichterstatter die Frage der Handelsinspektoren gestreift worden, er selbst hat keine Stellung dazu genommen, er hat nur gesagt, daß es ein in den Kreisen der Angestellten weit verbreiteter Wunsch sei, man möge ebenso, wie man Gewerbeinspektionen hat, auch Handelsinspektionen einführen. Es ist das eine Angelegenheit des Reiches, und die Verbündeten Regierungen haben sich bisher diesem Wunsche gegenüber ablehnend verhalten; sie waren der Meinung, daß die Vorschriften zum Schutze der Handelsangestellten wohl auch ohne eine besondere Beaufsichtigung genügend zur Durchführung gelangen und daß eine Belästigung des Handels durch eine derartige Beaufsichtigung vermieden werden solle. Mir will aber scheinen, daß man sich auf die Dauer einer derartigen Organisation der Aufsicht nicht wohl wird entziehen können, und es wird sich dann die Frage erheben, ob man besondere Handelsinspektoren einführt oder ob man die Aufgabe den Fabrikinspektionen zuweist. Es dürfte sich empfehlen, daß jedenfalls zuerst die Fabrikinspektionen auch diesen Gegenstand in ihren Geschäftsbereich ziehen, und es wird sich daraus dann vielleicht eine besondere Inspektion entwickeln. Es dürfte sich das deshalb empfehlen, weil eben die Fabrikinspektion doch über reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der Beaufsichtigung von Betrieben verfügt und weil dadurch denjenigen, die sich dann später zu Handelsinspektoren entwickeln können, manches teure Lehrgeld erspart wird, wenn sie zunächst unter den Fittichen der Fabrikinspektion tätig sind. Es ist das aber ein Gegenstand,

über den ich hier nur meinen persönlichen Standpunkt darlegen kann.

Von einer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß die Landesgewerbehalle und was damit zusammenhängt, mehrfacher Verbesserungen bedürfe. Diese Verbesserungen sind angebahnt. Ich hoffe, daß wir Ihnen im Nachtragsbudget einen Vorschlag deswegen bringen können.

Die Heimarbeit hat hier in den Erörterungen einen breiten Raum eingenommen. Ich will mich im einzelnen darauf nicht einlassen. Ich kann nur sagen, daß das, was der Herr Abg. Rebmann gewünscht hat, daß nämlich die bestehenden Gesetze auf die Heimarbeit strenger angewendet werden und daß der Ausgestaltung der Gesetzgebung zum Schutze der Heimarbeit eine besondere Aufmerksamkeit auch seitens der Großh. Regierung zugewendet werde, geschieht. Wir haben den Bestimmungen zugestimmt, die in der Novelle zur Gewerbeordnung zum Schutze der Heimarbeiter enthalten sind, und ich glaube, es ist der richtige Weg, auf dem wir uns befinden. Es handelt sich vor allem darum, daß man einmal erfährt, in welchem Umfange überhaupt Heimarbeit stattfindet. Wir sind ja auf diesem Wege durch das ausgezeichnete Werk unseres Herrn Fabrikinspektors schon einen großen Schritt vorangegangen. Aber es handelt sich hier darum, daß man feststellt, welche Arbeiter mit Heimarbeit beschäftigt sind. Das wird man durch die Kontrollmaßregeln, welche nunmehr vorgesehen sind, auch durch die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht, erfahren. Es handelt sich ferner darum, daß eine regelrechte Aufsicht über die Heimarbeit stattfindet, auch darum, daß die Heimarbeit da beschränkt oder auch verboten werden kann, wo es unbedingt nötig ist.

Es ist von einer anderen Seite auch die Heimarbeit auf dem Hotzenwalde, die Seidenbandweberei, besonders erwähnt worden, und es ist von dem Standpunkt aus, daß die Heimarbeit überhaupt vom Uebel sei, darauf hingewiesen worden, wie die Einführung des elektrischen Antriebes auf dem Hotzenwalde lediglich zum Vorteil der Unternehmer ausgefallen sei.

Was die Frage des Nutzens der Heimarbeit überhaupt betrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Heimarbeit vielfach segensreich wirkt, indem sie die Verwertung von Arbeitskräften gestattet, welche sonst brach liegen und nicht verwertet werden würden, und daß man deshalb auch die niedrigen Verdienste, welche bei der Heimarbeit vielfach erzielt werden, doch wohl nicht ohne weiteres verurteilen kann. Bei der Heimarbeit auf dem Hotzenwald steht ja allerdings das Werk der Fabrikinspektion auf dem Standpunkt, daß durch die Reduktion der Löhne ein großer Teil der Vorteile, welche diese Verbesserung hätte bringen sollen, nicht den Arbeitern zugute kommt. Dieser Standpunkt ist seitens der Arbeitgeber auf das entschiedenste bestritten worden. Es ist sehr schwierig, das genau festzustellen. Die Weber selbst sind der Ansicht, daß ihre Lohnverhältnisse sich etwas gebessert haben. Es scheint so zu liegen, daß der Vorteil der Mehrarbeit, die durch den elektrischen Antrieb ermöglicht wird, sich zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern teilt, daß aber die Arbeitgeber den größeren Anteil daran haben. Die Ansicht der Weber, daß sie sich in ihrem Lohn verbessert haben, hat mir noch neulich der Vorstand der Elektra, Herr Bürgermeister Matt von Herrischried, persönlich mitgeteilt.

Aber es handelte sich und handelt sich bei der Weberei auf dem Hotzenwald gar nicht in erster Linie um die Frage der Lohnhöhe, sondern es handelte sich zunächst darum, die außerordentlich schwere Arbeit des Handwebens, wobei der Weber selbst den Webbaum bewegen mußte, durch die sehr viel leichtere Arbeit des Webens durch die Maschine zu ersetzen, wobei der Weber nur die Maschine zu bedienen, die zerrissenen Fäden zu knüpfen hat usw., und dieser Vorteil ist erreicht worden. Es ist jetzt ermöglicht, daß schwächliche Personen, daß auch schwangere Frauen noch weben, daß die Familienmitglieder einander in der Arbeit ablösen, daß sie sich gegenseitig unterstützen, während vorher nur kräftige Personen die Arbeit verrichten konnten. Endlich handelte es sich — und das ist die Hauptsache — um Fortbestand oder Untergang dieser Heimarbeit. Hätte man den elektrischen Antrieb auf dem Hotzenwalde nicht eingeführt, so wären die Webstühle zurückgezogen worden, und es hätte diese Heimarbeit aufgehört, wodurch ein großer Ausfall in den Einkommensverhältnissen der Leute auf dem Hotzenwalde, sogar ein Notstand eingetreten wäre. Ich glaube also, die Regierung hat in der Tat etwas gutes getan, als sie die Einführung des elektrischen Antriebes dort unterstützte.

Es ist dann der Arbeitersekretäre von verschiedenen Seiten gedacht worden. Sie haben nicht uneingeschränktes Lob erfahren; sie haben aber Lob erfahren, soweit sie positiv und objektiv tätig sind, und diesem Lob kann ich mich mit dieser Beschränkung auch nur anschließen. Insbesondere glaube ich, daß auch diese Einrichtung einer weiteren Entwicklung sehr wohl fähig ist, daß die Arbeitersekretäre durch ihre Tätigkeit selbst immer mehr zu einer objektiven Handhabung gelangen werden.

Es wurde Klage darüber geführt, daß die Handlungsgehilfen in Mannheim über die Frage der Sonntagsruhe nicht gehört worden seien. Der Herr Landeskommissär in Mannheim ist beauftragt gewesen, auch den Verband der Handlungsgehilfen darüber zu hören, und er hat, so viel ich weiß, diesem Auftrage auch entsprochen. Es dürfte also diese Klage nicht berechtigt sein. Wahrscheinlich ist sie erhoben worden, ehe die Anhörung erfolgt ist.

Die Handwerkskammern, von denen hier wiederholt die Rede gewesen ist, haben auch nach meiner Ueberzeugung und Erfahrung außerordentlich segensreich gewirkt. Es hat sich auch bei unserer Handwerkergesetzgebung das Wort bestätigt, welches in einem anderen Sinne vom deutschen Volk seitens unseres großen Kanzlers Bismarck gebraucht worden ist: man solle das Volk nur in den Sattel setzen, es werde dann schon reiten. So ist es auch beim Handwerk gegangen. Es ist in der Tat nun ein frisches Leben in den Handwerkerkreisen seit der Einführung der Handwerkskammern eingetreten, und es ist vor allem durch die Handwerkskammern die Frage der Hebung des Handwerks am richtigen Punkte angefaßt worden, nämlich bei der Hebung des Lehrlingswesens. In der Tat muß man den Handwerkerstand von unten aufbauen, man muß seine Ausbildung verbessern, man muß dafür sorgen, daß er tüchtige junge Kräfte bekommt, wenn man überhaupt für die Zukunft einen leistungsfähigen und tüchtigen Handwerkerstand erhalten will.

Ich kann bei der Frage der Handwerkskammer und der Fortschritte auf dem Gebiete des Handwerks mir nicht versagen, eines Mannes zu gedenken, der auf diesem Gebiete des Handwerks ganz besondere Verdienste hat. Es ist das der Vorsitzende des Verbandes der Gewerbe- und Handwerkervereine Herr Niederbühl. Ich freue mich außerordentlich, daß er sich entschlossen hat, dieses Amt fortzuführen, nachdem er ja die Absicht kundgegeben

hatte, es niederzulegen. Ich hoffe, daß er noch lange seine segensreiche und erfolgreiche Tätigkeit den Interessen des Handwerkerstandes widmen wird.

Von einer Seite ist die Stellung der Großh. Regierung zu der Frage des kleinen Befähigungsnachweises so aufgefaßt worden, als ob sich aus diesem kleinen Befähigungsnachweis der große Befähigungsnachweis entwickeln könnte, und als ob die Regierung dem zustimmen würde. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß es nicht nur der Standpunkt unserer Regierung sondern der der Verbündeten Regierungen überhaupt ist, daß der kleine Befähigungsnachweis nicht etwa eine Abschlagszahlung ist, sondern daß er einen Abschluß dieser Bestrebungen darstellt. Für den großen Befähigungsnachweis, also dafür, daß man die Befähigung zur Ausübung des Handwerks von der Ablegung einer Prüfung abhängig macht, ist weder unsere badische Regierung noch eine der andern Verbündeten Regierungen zu haben.

Sehr gefreut habe ich mich, daß der Herr Abg. Belzer so klar und mutig den Standpunkt eines auf christlicher und nationaler Grundlage stehenden Arbeiters hier vertreten hat. Ich sehe einen Vorteil der Arbeiterkammern, wenn sie auf der Grundlage allgemeiner Wahlen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl errichtet werden gerade auch darin, daß die Minderheit innerhalb der Arbeiterschaft, welche auf dieser Grundlage steht, zu einer offiziellen Anerkennung und zu der Möglichkeit gelangt, in einer Standesvertretung ihre Interessen auf der Grundlage ihres Standpunktes wahrzunehmen.

Was die Frage der Arbeitslosigkeit betrifft, so ist der Standpunkt, den ich als den der Regierung hier vertreten habe, ja verschiedentlich gewürdigt worden. Ich möchte, um Mißverständnisse auszuschließen, teilweise wiederholend sagen: Ich bin nicht etwa der Meinung, daß der Staat auf diesem Gebiete überhaupt nichts zu tun hat, sondern ich bin der Meinung, daß das, was man jetzt als Arbeitslosigkeit bei uns bezeichnet, nicht von solcher Bedeutung und von solchem Umfang ist, daß der Staat zurzeit genötigt wäre, seinerseits durch besondere Maßnahmen einzugreifen. Ich bin aber auch der Meinung, daß in der Tat die Frage der Verhütung der Arbeitslosigkeit und die Frage der Arbeitslosenversicherung so wichtig sind, daß man sie studieren und weiter verfolgen muß, und ich bin auch der Ansicht, die der Herr Abg. Rebmann ausgesprochen hat, daß das großzügig geschehen, von Reichswegen geschehen muß. Es ist ja letzteres auch beabsichtigt. Die Frage wird von Reichswegen bearbeitet, und es ist eine gesetzgeberische Gestaltung der Aufgabe erst kürzlich im Reichstag in Aussicht gestellt worden. Ich bin aber der Meinung, daß, da diese Gestaltung außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden hat und deshalb in einer nahen Zukunft wohl noch nicht zu erwarten sein wird, man einstweilen sich derjenigen Mittel bedienen muß, die jetzt schon zur Verfügung stehen; und dazu rechne ich eben das Genter System, also die Unterstützung derjenigen Veranstaltungen zur Versicherung der Arbeitslosen, die von den Beteiligten selber getroffen werden, und zwar die Unterstützung dieser Veranstaltungen seitens der Gemeinden. Ich glaube, man wird bei der Frage der Arbeitslosenversicherung doch davon ausgehen müssen, daß die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zunächst Sache des Arbeiters selber ist, daß er zunächst selber durch Ersparnisse dafür zu sorgen hat, im Falle der Arbeitslosigkeit gesichert zu sein. Da aber der Einzelne dazu zu schwach ist, für alle Fälle auf diese Weise sich zu sichern, so müssen die Arbeiter sich zu diesem Zwecke zusammenschließen und es sollten auch, weil diese Vereinigungen öffentlichen Interessen dienen, die öffentlichen Verbände, zunächst die Gemeinden, diese Veranstaltungen unterstützen. Ich will damit durchaus nicht ausschließen, daß auch der Staat derartige Veranstaltungen unterstützen mag. Aber ich glaube, in erster Linie ist das Aufgabe der Gemeinden.

Hinsichtlich der Arbeitskammer möchte ich gegenüber dem, was zwei der Redner bemerkt haben, kurz noch darauf aufmerksam machen, daß nicht dem Reichstag ein bezüglicher Gesetzentwurf vorliegt sondern dem Bundesrat. Es handelt sich zunächst darum, daß die Verbündeten Regierungen Stellung zu der Frage nehmen. Wann die Vorlage an den Reichstag erfolgen wird, das steht zurzeit noch dahin. Namentlich sind die Aussichten auf eine baldige Uebermittlung an den Reichstag dadurch wesentlich gemindert worden, daß der Gesetzentwurf eine so scharfe und vielseitige Kritik in der Oeffentlichkeit gefunden hat. Sehr interessant war mir gegenüber die Bemerkung, die hier gefallen war, daß die Industrie Gevatter bei dem Entwurf gestanden habe (eine Bemerkung, über die ich ja das letzte Mal schon gesprochen habe), die Tatsache, daß inzwischen mehrere Handelskammern aus dem großen Industriegebiet am Rhein sich gegen den Entwurf und ebenfalls für Arbeiterkammern ausgesprochen haben, darunter die Handelskammer in Elberfeld und in Lennep.

Ueber das Staatsmonopol für Kohlen will ich mich hier nicht aussprechen, das kommt für uns hier nicht in Frage. Ich möchte nur gegenüber dem, was der Herr Abg. Rebmann gesagt hat, daß der Staat den Betrieb der Bergwerke nicht vom Standpunkt der Privatindustrie sondern lediglich vom Standpunkt der öffentlichen Interessen führt, einen kleinen Zweifel in der Hinsicht äußern, ob man nämlich statt „führt" nicht richtiger sagen würde „führen soll".

Es ist der Wunsch geäußert worden, daß in die Fabrikinspektion auch Leute aus Arbeiterkreisen berufen werden sollen. Das ist aber schon bisher geschehen, und es wird künftig in noch größerem Umfange geschehen, wenn die Herren den Vorschlägen zustimmen, die wir Ihnen in unserem Budget unterbreitet haben. Wir haben in dem Budget 1908/09 zwei technische Gehilfen in etatmäßiger Stellung vorgesehen, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind — es sind frühere Werkmeister —, außerdem 3 technische Assistenten, welche ebenfalls Werkmeister gewesen sind, in nichtetatmäßiger Stellung, zusammen also 5 aus Arbeiterkreisen hervorgegangene Beamte. Diese Beamten sind nicht etwa, wie der Herr Abg. Belzer anzunehmen scheint, nur Hilfspersonen für untergeordnete Verrichtungen, sondern sie nehmen die Revision der kleineren Betriebe, der Steinbrüche usw. vor, und verfassen nachher die Verfügungen, die sich ihnen als notwendig oder als wünschenswert ergeben, allerdings unter der Verantwortung und der Leitung der für den betreffenden Bezirk bestellten Fabrikinspektoren.

Im übrigen wird über die Fragen, welche die Fabrikinspektion berühren, der Herr Vorstand der Fabrikinspektion sich zu äußern Gelegenheit nehmen. Ich freue mich, daß es allseitiger Zustimmung begegnet ist, daß der Herr Vorstand der Fabrikinspektioon hier anwesend ist, und ich habe mich meinerseits gefreut, damit einem Wunsche des Hohen Hauses entgegenkommen zu können. Ich habe folgerichtigerweise auch den Herrn Direktor des Landesgewerbeamtes und den Herrn Vorstand des statistischen Landes-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

amtes gebeten, an unseren Verhandlungen teilzunehmen.

Was die ausländischen Arbeiter betrifft, so wird ja die Petition der hiesigen Bauarbeiter, welche noch nicht erledigt ist, Gelegenheit geben, sich über diese Frage noch ausgiebig zu unterhalten. Die Verhandlungen unter den Ministerien sind inzwischen fortgeschritten, und ich glaube, es wird die Verhandlung über diese Petition zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Die Anregung, daß die Regierung Korbwaren von den armen Korbflechtern im Bezirk des Herrn Abg. Belzer kaufen soll, will ich gern an denjenigen Herrn Kollegen geben, der für derartige Waren Verwendung hat, und ebenso will ich gern die Anregung bezüglich der Holzschuhmacher an meinen Kollegen von der Domänendirektion geben, der ja den Wünschen der betr. Gewerbetreibenden bereits entgegengekommen ist. Es handelt sich jetzt nur noch um ein neueres Vorkommnis.

Was die Stellung der Gewerbeschullehrer betrifft, so wird darüber mein Mitarbeiter, Herr Ministerialrat Schneider Auskunft geben. Wir glauben nicht, daß wir die Vorwürfe verdienen, die in dieser Beziehung an die Adresse der Regierung gerichtet werden.

Hierauf wird abgebrochen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erhält

Abg. **Kramer** (Soz.): Ich bin in Verdacht gekommen, daß sich mein Wort „Schwindel" möglicherweise gegen das amtliche Material gerichtet hat. Ich kann konstatieren, daß das durchaus nicht der Fall ist; ich habe nicht das amtliche Material gemeint sondern die verschiedenen Zeitungsausschnitte, die der Herr Abg. Belzer hier zum Vortrag gebracht hat.

Erster Vizepräsident Dr. **Wilckens**: Ich habe die Rüge nur für den Fall ausgesprochen, daß die Aeußerung in der von Ihnen abgelehnten Weise gemeint gewesen sein soll. Die Sache wird also durch diese Erklärung erledigt sein. Im übrigen geht aber aus dem ganzen Vorgang hervor, wie gut und zweckmäßig es wäre, wenn man die Zwischenrufe unterlassen wollte.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 25 Minuten.

---

* **Karlsruhe**, 23. März. 52. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 23. März 1908, nachmittags 4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des mündlichen Berichts der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, die Vereinigung der Gemeinde Stetten mit der Stadtgemeinde Lörrach betr. und die einschlägige Petition von Bürgern und Einwohnern der Gemeinde Stetten. — Drucksache Nr. 59 und 59a —, Berichterstatter: Abg. Dr. Obkircher;

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel VIII: Gewerbeaufsicht, Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik und Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbe — Drucksache Nr. 12 a — Berichterstatter: Abg. Neuhaus,

und damit in Verbindung, und zwar:

bei Beratung von Titel VIII

Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck u. Gen., die Errichtung von Arbeitskammern betr. — Drucksache Nr. 57. —

bei Beratung von Titel XV

1. Besprechung der Interpellation der Abgg. Banschbach und Gen., die Kohlennot betr. — Drucksache Nr. 21. —
2. Besprechung der Interpellation der Abgg. Geck und Gen., die Milderung der Notlage der Arbeitslosen betr. — Drucksache Nr. 58. — (Fortsetzung).

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Walli
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg